

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivallion-Zugang 24 / 72 Nr. 1536

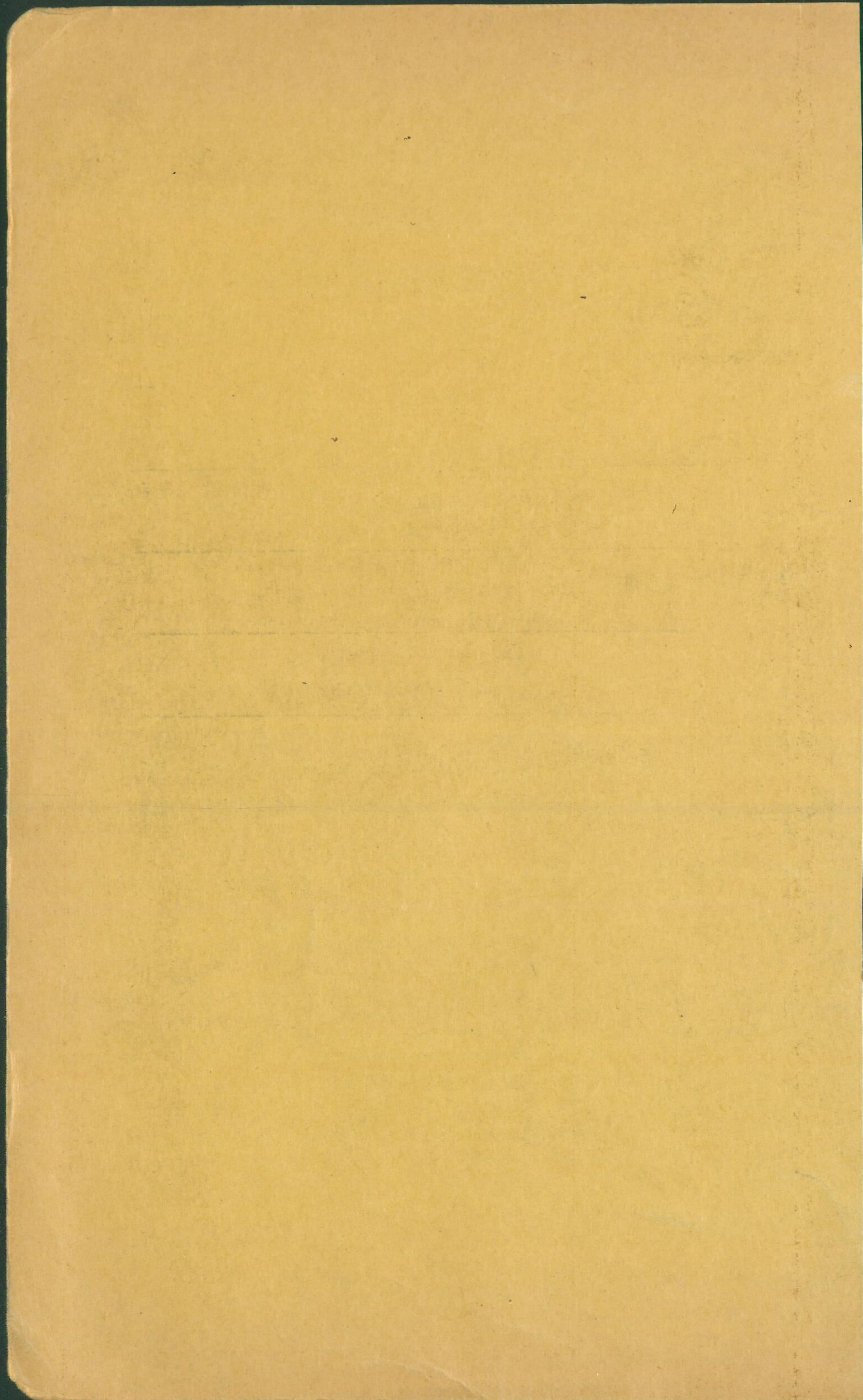




angefangen: _____ 19____
beendet: _____ 19____

~~225~~
1536

STADTARC IV MANNHEI
Archivlien-Zugang/19..... Nr.



Herrn H u b e r

=====

Von Herrn Szmigiel habe ich meine Restkosten von

DM 300.--

=====

am 9.1. auf mein Bankkonto überwiesen erhalten.

10.1.1961

(Prof. Dr. Himerich)

✓ Akz obliegen
17. 7. 67.
Lh

den 9. 1. 1961

Herrn
Haim Szmigiel

M a n n h e i m

U 3, 16/17
bei Flurmann

Sehr geehrter Herr Szmigiel!

Als ich heute von meinem Urlaub zurückkam fand ich eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Mannheim vor, aus der hervorgeht, daß das gegen Sie laufende Ermittlungsverfahren wegen Übertretung des Aufenthaltsverbots nunmehr eingestellt worden ist; diese Sache ist also nun auch erledigt.

Darf ich Sie daran erinnern, daß nach der Abrechnung, die ich Ihnen am 25.11.1960 erteilt habe, noch DM 300.-- an mich zu bezahlen sind. Ich bitte um baldgefällige Überweisung dieses Betrags.

Mit freundlicher Begrüßung!

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
Mannheim

Mannheim, den 20. Dez. 1960

Anzeige gegen

Haim Szmigiel (Mond), geb. 11.11.
1924 in Warschau, wohnh. Mann-
heim, U 3, 16-17,

wegen Ausl.PolVO

4 Js 4110/60

Das obige Ermittlungsverfahren wurde heute eingestellt.

Herrn

Prof. Dr. Dr. h.c. Heimerich
Rechtsanwalt

M a n n h e i m

gez. Clausen, Staatsanwalt

Begl.:

JOS





den 14.12.1960

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. V o g e l

M ü n c h e n
Rathaus

Sehr verehrter Herr Kollege!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 9. Dezember. Die Angelegenheit des Herrn Szmigiel wurde bestens erledigt. Ich danke Ihnen sehr, daß Sie dieser Angelegenheit Ihr Interesse entgegengebracht haben.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich
Ihr ergebener

1911. 11. 11.

Herrn
Oberbürgermeister

Dr. W. A. 1

St. Pauli

St. Pauli

Sehr verehrter Herr!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 2. Dezember. Die angelegte
Bau- und Anlagenordnung wird demnächst erledigt. Ich danke Ihnen
sehr für die vielen Anmerkungen. Ich werde sie mir ansehen.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr ergebener



DER OBERBÜRGERMEISTER DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

9. Dezember 1960

Herrn

Prof.Dr. Dr.h.c.
Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

M a n n h e i m

A 2, 1 (Gebäude der
Rhein.Hypothekenbank)

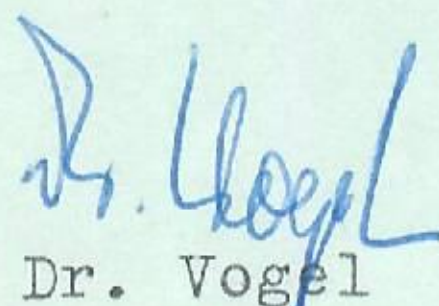
Sehr geehrter Herr Kollege!

Wie mir das Referat für Kreisverwaltung und öffentliche Ordnung mitteilt, wurde die Angelegenheit des Herrn Szmigiel dadurch,bereinigt, daß mit Bescheid vom 18.11.1960 das gegen ihn am 3.8.1953 erlassene Aufenthaltsverbot mit sofortiger Wirkung aufgehoben wurde. Das hiesige Ausländeramt hat Ihnen den Aufhebungsbescheid in der Zwischenzeit zugestellt.

Ich hoffe, daß damit die Angelegenheit zu Ihrer Zufriedenheit erledigt werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener



Dr. Vogel
Oberbürgermeister

den 25.11.1960

An die
Staatsanwaltschaft
zu Händen von
Herrn Staatsanwalt Clausen

M a n n h e i m
=====

Betr.: Strafanzeige der Kriminalpolizei gegen Haim Szmigiel (Mond)
in Mannheim U 3, 16/17 wegen Übertretung eines Aufenthalts-
verbots

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben an Sie vom 6.8.60 und das mit
Ihnen im Anschluß an dieses Schreiben geführte Telefongespräch,
übersende ich Ihnen den von mir beglaubigten Abdruck eines Schrei-
bens des Amtes für öffentliche Ordnung in München an Herrn Haim
Szmigiel vom 18.11.60. Dieses Schreiben enthält den Bescheid, daß
das im Jahre 1953 gegen Herrn Haim Szmigiel erlassene Aufenthalts-
verbot mit sofortiger Wirkung aufgehoben wurde.

Ich nehme an, daß damit die Voraussetzung für die Einstellung des
Verfahrens gegen Herrn Haim Szmigiel erfüllt ist.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

44

Staatsekretariat
an den
Herrn Staatssekretär

in Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär:
Ich habe das Schreiben vom 12.12.49 zur Kenntnis genommen und bedauere, dass ich Ihnen nicht früher antworten konnte.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär:

Unter dem 12.12.49 ist mir ein Schreiben mit dem Betreff "Antrag auf Ausstellung eines Reisepasses" zugegangen. Ich habe das Schreiben an die zuständige Stelle weitergeleitet. Ich hoffe, dass Sie bald eine Antwort erhalten werden. Ich werde Sie über den Fortschritt in Kenntnis setzen.

Ich habe das Schreiben vom 12.12.49 zur Kenntnis genommen und bedauere, dass ich Ihnen nicht früher antworten konnte.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

25

den 25.11.1960

Herrn

Haim Szmigiel

M a n n h e i m

U 3, 16/17

Sehr geehrter Herr Szmigiel!

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß das Amt für öffentliche Ordnung in München das für Sie im Jahre 1953 erlassene dauernde Aufenthaltsverbot mit sofortiger Wirkung aufgehoben hat.

Der Originalbescheid des Amtes für öffentliche Ordnung liegt für Sie bei. Herrn Halkenhäuser vom Mannheimer Polizeipräsidium habe ich telefonisch unterrichtet. Er hat von München noch keine Mitteilung erhalten, nimmt aber an, daß diese Mitteilung ihm heute oder morgen zugehen wird. Dann wird er Sie zu sich bitten, damit von Mannheim aus die Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

Einen Abdruck des Bescheides des Amtes für öffentliche Ordnung in München sende ich heute an die Mannheimer Staatsanwaltschaft, um dadurch zu erreichen, daß das gegen Sie schwebende Verfahren wegen Übertretung eines Aufenthaltsverbots niedergeschlagen wird.

Den Betrag von DM 20.-- bitte ich unverzüglich mittels der beiliegenden Zahlkarte bei der Stadthauptkasse in München einzubezahlen.

Für meine Bemühungen in dieser Angelegenheit habe ich bisher einen Gebührenvorschuß von

DM 300.--

+ DM 200.--

insgesamt also

DM 500.--

erhalten. Die Gesamtliquidation für meine Bemühungen beträgt

DM 800.--.

Ich bitte Sie daher, weitere

DM 300.--

=====

b.w.

den 25.11.1980

auf mein Konto Nr. 20 303 bei der Deutschen Bank, Filiale in Mannheim, zu überweisen.

Mit freundlicher Begrüßung!

M. H. H. H. H.
U. 2. 19.17

Sehr geehrter Herr (Name)

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß das Amt für öffentliche Ordnung in München das für die im Jahre 1973 erlassene Gesetzliche Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit Wirkung aufgehoben hat. Der Originalbescheid des Amtes für öffentliche Ordnung liegt für Sie bei. Herrn (Name) von Mannheim (Name) habe ich telefonisch unterrichtet. Er hat von Ihnen noch keine Mitteilung erhalten, nimmt aber an, daß diese Mitteilung im Jahre oder vorher zugehen wird. Dann wird er Sie zu sich bitten, damit von Mannheim aus die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Einen Abdruck des Bescheides des Amtes für öffentliche Ordnung in München sende ich heute an die Mannheim (Name) Staatsumweltbehörde, um darüber zu entscheiden, ob das gegen die anstehende Verfahren wegen Übertragung eines Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wird.

Der Betrag von DM 20.-- ist für die unversüßigte Milch der bei-
liegenden Zahlkarte bei der Stadtkasse in München einzureichen.

Für meine Bemühungen in dieser Angelegenheit habe ich Ihnen einen
Gebührenvorschlag von

DM 200.--

+ DM 200.--

DM 500.--

Insgesamt also

erhalten. Die Gesamtschuldung für meine Bemühungen

DM 800.--

DM 200.--

Ich bitte Sie daher, weitere

D.W.

Abschrift

Landeshauptstadt München
Amt für öffentliche Ordnung
München, Ettstraße 2

Fernsprecher 228331
Nebenstelle 8325
Zimmer Nr. 280
Sprechzeit 8-12 Uhr

Herrn

Haim S z m i g i e l

M a n n h e i m U 3, 16/17

Unsere Zeichen
II/4-Wf Az.:237 16

München,
18. November 1960

Betreff:

Aufenthaltsverbot vom 10.8.1953

Auf Grund des Antrages Ihres Rechtsvertreters, Herrn Professor Dr.Dr. h.c.Hermann Heimerich, Mannheim, und der Zusage des Polizeipräsidioms Mannheim, daß Ihnen von dort eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn das von hier erlassene Aufenthaltsverbot aufgehoben ist, ergeht folgender

B e s c h e i d :

1. Das am 3.8.1953 gegen den israelischen Staatsangehörigen Haim Szmigiel, geb. am 11.11.1924 in Varsovic, unter Familienstand "ledig" und mit der Berufsbezeichnung "Baggerführer" für dauernd erlassene Aufenthaltsverbot wird hiermit ab sofort aufgehoben.
2. An Gebühren für diesen Bescheid werden DM 20.-- in Ansatz gebracht.

gez.Dr.Mayer
Direktor

Stempel

Der Betrag ist mittels beiliegender Zahlkarte innerhalb 7 Tagen an die Stadthauptkasse München PSchKto Nr. 115, unter Angabe der Soll-Nr.4691/OA einzuzahlen.

Correspondence 228521
Correspondence 228522
Correspondence 228523
Correspondence 228524

Correspondence 228525
Correspondence 228526
Correspondence 228527
Correspondence 228528

Correspondence 228529
Correspondence 228530
Correspondence 228531
Correspondence 228532

Correspondence 228533
Correspondence 228534
Correspondence 228535
Correspondence 228536

Correspondence 228537
Correspondence 228538
Correspondence 228539
Correspondence 228540

Correspondence 228541
Correspondence 228542
Correspondence 228543
Correspondence 228544
Correspondence 228545
Correspondence 228546
Correspondence 228547
Correspondence 228548
Correspondence 228549
Correspondence 228550

Correspondence 228551
Correspondence 228552
Correspondence 228553
Correspondence 228554
Correspondence 228555
Correspondence 228556
Correspondence 228557
Correspondence 228558
Correspondence 228559
Correspondence 228560

Correspondence 228561
Correspondence 228562
Correspondence 228563
Correspondence 228564
Correspondence 228565
Correspondence 228566
Correspondence 228567
Correspondence 228568
Correspondence 228569
Correspondence 228570

Correspondence 228571
Correspondence 228572
Correspondence 228573
Correspondence 228574
Correspondence 228575
Correspondence 228576
Correspondence 228577
Correspondence 228578
Correspondence 228579
Correspondence 228580

Abschrift

Landeshauptstadt München
Amt für öffentliche Ordnung
München, Ettstraße 2

Fernsprecher 228331
Nebenstelle 8325
Zimmer Nr. 280
Sprechzeit 8-12 Uhr

Herrn

Haim S z m i g i e l

M a n n h e i m U 3, 16/17

Unsere Zeichen
II/4-Wf Az.:237 16

München,
18. November 1960

Betreff:

Aufenthaltsverbot vom 10.8.1953

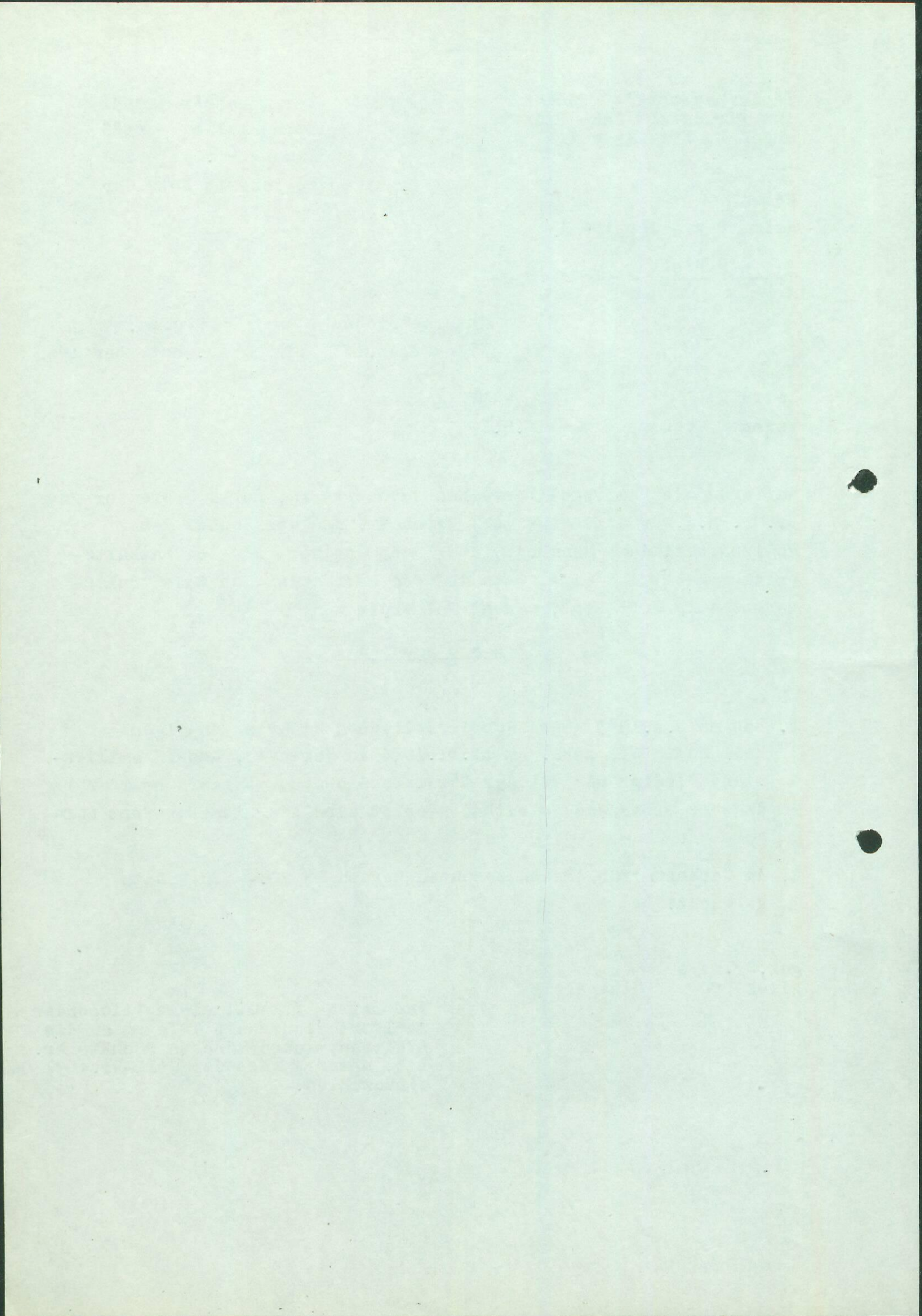
Auf Grund des Antrages Ihres Rechtsvertreters, Herrn Professor Dr.Dr. h.c.Hermann Heimerich, Mannheim, und der Zusage des Polizeipräsidiiums Mannheim, daß Ihnen von dort eine Aufenthalts-erlaubnis erteilt wird, wenn das von hier erlassene Aufenthalts-verbot aufgehoben ist, ergeht folgender

B e s c h e i d :

1. Das am 3.8.1953 gegen den israelischen Staatsangehörigen Haim Szmigiel, geb. am 11.11.1924 in Varsovie, unter Familienstand "ledig" und mit der Berufsbezeichnung "Baggerführer" für dauernd erlassene Aufenthaltsverbot wird hiermit ab sofort aufgehoben.
2. An Gebühren für diesen Bescheid werden DM 20.-- in Ansatz gebracht.

gez.Dr.Mayer
Direktor Stempel

Der Betrag ist mittels beiliegender Zahlkarte innerhalb 7 Tagen an die Stadthauptkasse München PSchKto Nr. 115, unter Angabe der Soll-Nr.4691/OA einzuzahlen.



Nicht ein Formular
zur Aufstellungsurkunde
die richtige Aufstellung

Gegen Postzustellungsurkunde!

25. 11. 1960 *[Signature]*

Landeshauptstadt München
Amt für öffentliche Ordnung
München 2, Ettstraße 2



Die S... ist

GEFAHRENZONE-

Aufmerksamkeit schützt Sie!

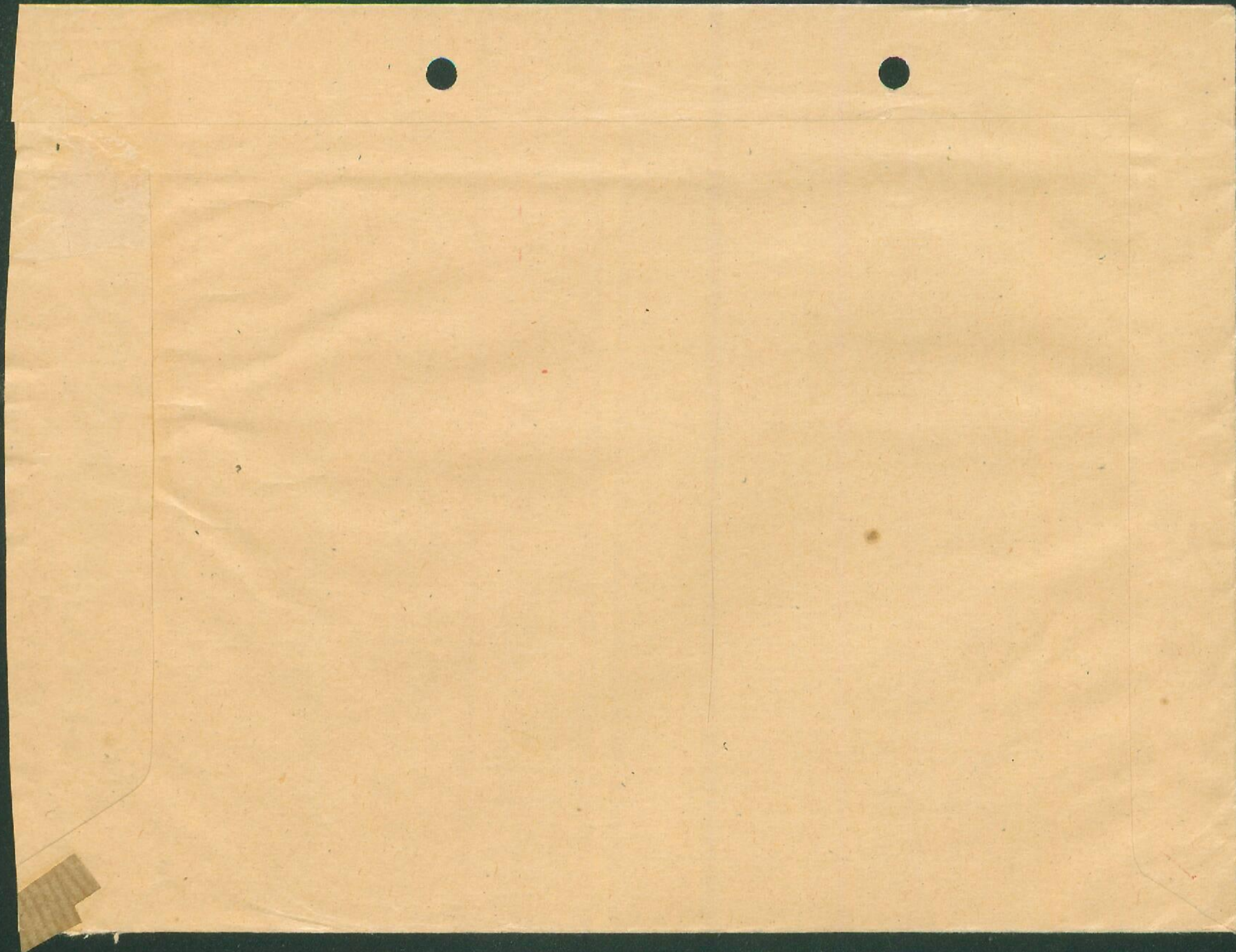
LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN



Herrn

Prof. Dr.Dr. h.c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

M a n n h e i m A 2 , 1



LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Amt für öffentliche Ordnung
München, Ettstraße 2

Gegen Postzustellungsurkunde!

Herrn

Prof. Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

M a n n h e i m A 2, 1

Fernsprecher 228331

Nebenstelle 8325
(nicht durchwählen)

Zimmer Nr. 280

Sprechzeit 8-12 Uhr

Bargeldlose Zahlungsmöglichkeiten:
Postscheckkonto der Stadthauptkasse:
München Nr. 115

Konten der Stadthauptkasse
bei Münchener Geldanstalten:

Landeszentralbank München Nr. 6/165
Bayerische Staatsbank München Nr. 135
Bayerische Gemeindebank München Nr. 1115
Städtische Sparkasse München Nr. 3000
Kreissparkasse München Nr. 4500
Bank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Nr. 13000
Bank für Gemeinwirtschaft AG. Nr. 33333
Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank Nr. 400248
Bayerische Vereinsbank München Nr. 207620
Commerzbank AG. Filiale München Nr. 6842
Deutsche Bank AG. Filiale München Nr. 76000
Dresdner Bank AG. in München Nr. 23000
Bankhaus H. Aufhäuser München Nr. 18518
Bankhaus Merck, Finck & Co. München Nr. 12000
Bankhaus Neumann, Reuschel & Co. München Nr. 2500

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

München,

II/4-Wf.
Az.: 237 16

18. November 1960

BETREFF:

Aufenthaltsverbot gegen Haim Szmigiel

Beilagen:

- 1 Original und
- 1 Abdruck des Aufhebungsbescheides
- 1 Zahlkarte

Sehr geehrter Herr Professor!

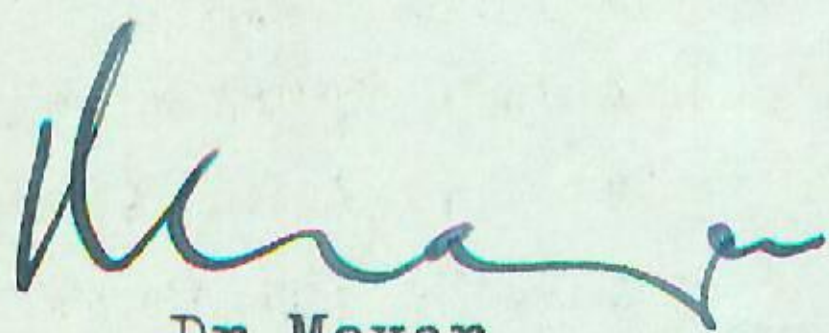
Nach 4-maliger Aufforderung hat uns nunmehr das Polizeipräsidium in Mannheim unterm 11.11.1960, hier eingegangen am 14.11.1960, bestätigt, daß es als örtlich zuständige Ausländerbehörde bereit sei, Ihrem Mandanten eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn das von hier erlassene Aufenthaltsverbot aufgehoben würde. Nachdem diese Zusicherung der Aufenthaltserlaubnis an keine Bedingungen und Auflagen uns gegenüber geknüpft ist und von Mannheim in eigener Zuständigkeit und Verantwortung darüber zu entscheiden ist, sehen wir keine Veranlassung mehr, die Regelung des Verstoßes gemäß § 11 Abs. 1 Ziff. 4 PaßG durch die unwahren Angaben Ihres Mandanten vor der Sichtvermerksbehörde zur Voraussetzung der Aufhebung des Aufenthaltsverbotes zu machen. Es muß dem Ausländeramt in Mannheim überlassen bleiben, ob es unter diesen Umständen von einer Strafverfolgung absehen will und eine Aufenthaltserlaubnis verantworten kann. Wir haben deshalb mit beiliegendem Bescheid, dessen Original wir an Ihren Mandanten auszuhändigen bitten, und dessen Abdruck für Ihre Akten bestimmt ist,

./.

das Aufenthaltsverbot vom 3.8.1953 mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Wir dürfen Sie bitten, Ihren Mandanten entsprechend zu verständigen und ihn zu veranlassen, daß er die dafür angesetzte Bearbeitungsgebühr mit beiliegender Zahlkarte an die Stadthauptkasse München überweist. Wir hoffen, daß wir auf diese Weise Ihrem Wunsche gerecht werden konnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Dr. Mayer
Direktor

den 11.11.1960

Herrn

Haim Szmigiel (Mond)

M a n n h e i m

U 3, 16/17

Sehr geehrter Herr Szmigiel!

Von dem zuständigen Beamten des Mannheimer Polizeipräsidiums, Herrn Halkenhäuser, habe ich gestern erfahren, daß das Fernschreiben des Münchner Polizeipräsidiums endlich eingetroffen ist. Herr Halkenhäuser wird nun so verfahren, wie ich bereits mit ihm vereinbart habe. Das Mannheimer Polizeipräsidium wird sich bereit erklären, die Regelung Ihres Aufenthalts in Mannheim zu übernehmen, worauf dann das Münchner Polizeipräsidium das früher erlassene Aufenthaltsverbot zurücknehmen wird. Ich nehme an, daß die Angelegenheit in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen erledigt sein wird.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!

am 1.1.1950

Herrn
Herrn (Herrn)

M. a. N. H. 1.2
U. 1.1.17

Herrn (Herrn) Herrn (Herrn)

Von dem zuständigen Beamten des Mannheimer Polizeireviers,
Herrn (Herrn), dass ich bereits mit ihm ver-
einbart habe. Das Mannheimer Polizeirevier wird sich bereit er-
klären, die Regelung dieser Angelegenheit zu übernehmen,
wobei dann das Mannheimer Polizeirevier über die Ange-
legenheit in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen erledigt sein wird.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

Konferenz mit Herrn Flurmann und Herrn Szmigiel

Es wurde festgestellt, daß der vom Polizeipräsidium in München in Aussicht gestellte Brief des Oberbürgermeisters von München noch nicht eingetroffen ist. Offenbar liegt die Sache jetzt bei dem Oberbürgermeister in München.

Herr Szmigiel hat mittlerweile vom Polizeipräsidium in Mannheim eine Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Ich habe dann in Gegenwart der Herren Flurmann und Szmigiel versucht, Herr Amtmann Eichinger in München telefonisch zu erreichen. Da Herr Eichinger nicht zugegen war, habe ich mit Herrn Oberinspektor Wolf gesprochen. Dieser hat meine Vermutungen bestätigt, daß die Sache noch auf dem Büro des Münchner Oberbürgermeisters liegt. Sie wird dort von einem Oberamtman Merz bearbeitet. Als Herr Wolf mir gegenüber bemerkte, daß wir uns doch in München auf die Wiederausreise des Herrn Szmigiel geeinigt hätten, habe ich ihm gesagt, daß das nicht der Fall sei, sondern daß dieser Weg von Herrn Szmigiel nur höchst ungern beschritten werden müsste, wenn der Oberbürgermeister nicht überhaupt die sofortige Aufhebung des in München ausgesprochenen Aufenthaltsverbots veranlasst. Das wäre richtig und der einfachste Weg.

Hierauf habe ich mit Herrn Oberamtman Merz vom Büro des Münchner Oberbürgermeisters telefonisch verhandelt. Herr Merz sagte mir, daß die Sache auf dem Schreibtisch des Oberbürgermeisters läge und daß der Oberbürgermeister offenbar gewisse Bedenken hat, dem komplizierten Vorschlag seines Polizeipräsidioms zuzustimmen. Ich habe Herrn Merz auseinandergesetzt, daß Herr Szmigiel ein ordentlicher Mann ist, der seit seinem 16. Lebensjahr schwersten Bedrückungen ausgesetzt war und daß es doch das einfachste wäre, das in München ausgesprochene Aufenthaltsverbot zurückzunehmen und die weitere Behandlung des Falles Szmigiel dem Mannheimer Polizeipräsidium zu überlassen. Dann würde das Mannheimer Polizeipräsidium kein Bedenken haben, Herrn Szmigiel, der in Mannheim in seinem Beruf arbeiten will, eine nicht nur vorläufige Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Herr Merz hat meine Gedanken wohlwollend aufgenommen und will sie dem Oberbürgermeister vortragen.

b.w.

Ich soll dann bald Bescheid erhalten.

14.10.1960

Copie

Herrn H u b e r

=====

In der Sache Szmigiel habe ich von dem Mandanten einen weiteren Gebührenvorschuss von

DM 200.--

=====

in bar erhalten.

14.10.1960

Ch

(Prof.Dr.Heimerich)

Wm. S.

Letter No. 10

In the name of the Lord, Amen, we have received your letter of the 10th inst. and are glad to hear from you.

Yours truly,
Wm. S.

In the name of the Lord, Amen.

Wm. S.

(Prof. Dr. Peterson)

14.1.1900

Prof.Dr. Heimerich
Rechtsanwalt

München, den 19. 9. 60

Herrn
Ludwig Flurmann

Mannheim
U 3, 16/17

0877

München

228337

Abschnitt Herz

Oberrichter
228447

Sehr geehrter Herr Flurmann!

Herr Dorsch und ich haben heute in der Angelegenheit Ihres Verwandten, Herrn Szmigiel-Mond, Chaim auf dem Münchner Polizei-Präsidium mit den zuständigen Herrn von der Ausländer-Polizei, Oberinspektor Wolf und Amtmann Eichinger verhandelt und sind dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Münchener Herren haben dem Oberbürgermeister von München als dem zuständigen Polizei-Chef bereits am 19.9. einen Vorschlag unterbreitet, der brieflich an mich weitergegeben werden soll. Der Vorschlag geht dahin, daß über das Pass-Vergehen, das Szmigiel durch seine neuerliche Einreise in die Bundesrepublik begangen habe hinweggesehen werden soll, wenn Szmigiel zunächst wieder ausreist. Es wird geraten, daß er sich für einige Zeit nach Österreich oder in ein westliches Ausland begibt und von dort für sich und seine Familie - die Familie braucht nicht mit auszureisen - ein Gesuch um Aufhebung des früheren Aufenthalts-Verbotes und Erteilung des Einreise-Sichtvermerkes zur Niederlassung im Bundesgebiet und Arbeitsaufnahme als Kran- oder Baggerführer stellt. Das Gesuch wäre bei dem Polizei-Präsidium in München Abtl. Ausländerpolizei einzureichen. Das Münchner Polizei-Präsidium ist bereit, nach Verständigung mit dem Polizei-Präsidium Mannheim ein solches Gesuch des Herrn Szmigiel zu genehmigen. Zur Begründung des Gesuches kann sich Herr Szmigiel auf meine Eingabe an das Münchner Polizei-Präsidium vom 29.7.1960 beziehen.

Die Münchener Herren nehmen dabei an, daß Herr Szmigiel zum Zwecke der vorübergehenden Wiederausreise sein Pass vom Mannheimer Polizei-Präsidium wieder ausgehändigt erhält und daß

auch der Staatsanwalt in Mannheim, wenn er überhaupt gefragt werden muß, nichts dagegen hat.

Die Münchener Herren nehmen weiterhin an, daß die Erledigung des neuerlichen Einreisegesuches des Herrn Szmigiel nicht ~~nur~~ länger als höchstens vier Wochen in Anspruch nehmen wird, daß also Herr Szmigiel sich nur solange im Ausland aufzuhalten braucht. Es würde kein Bedenken dagegen bestehen, wenn Herr Szmigiel sich diese 4 Wochen in Salzburg aufhält, da von dort aus eine Fühlungnahme mit München oder Mannheim wohl am leichtesten möglich wäre.

Die neue Aufenthaltserlaubnis für Herrn Szmigiel kann nur innerhalb der Gültigkeitsdauer seines Passes gewährt werden. Aber diese Gültigkeitsdauer läßt sich jederzeit verlängern.

Ich weiß nun nicht, wann der von dem Münchener Polizei-Präsidium entworfene Brief an mich seitens des Oberbürgermeisters abgeht und ob auch das Polizei-Präsidium Mannheim eine Abschrift davon erhält. Ich nehme das Letztere aber an. Vielleicht wird es notwendig sein, die vorläufige Aufenthaltserlaubnis, die Herr Szmigiel in Mannheim bis zum 30.9. erhalten hat, noch bis Ende Oktober zu verlängern. Dann könnte ich auch nach Rückkehr von meinem Urlaub die Sache selbst wieder in die Hand nehmen.

Ich nehme nicht an, daß die Polizeibehörde in Salzburg gegen einen etwa vierwöchl. Touristenaufenthalt des Herrn Szmigiel in dieser Stadt eine Einwendung erheben würde.

Sie können diesen Brief natürlich ohne weiteres Herrn Amtmann Heikenhäuser im Mannheimer Polizei-Präsidium zu lesen geben.

Mit freundlichen Grüßen für Sie und Herrn Szmigiel

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Herrn

Rechtsanwalt

Professor Dr. Dr. h.c. H. Heimerich

M a n n h e i m

A 2, 1

SEKRETARIAT

Düsseldorf 10, den 12. Sept. 1960

Fischerstraße 49

Telefon 44 86 97 / 44 31 08

DrvD/Kk

Betr.: Szmigiel-Mond, Chaim

Sehr geehrter Herr Professor!

Hierdurch bestätige ich mit verbindlichem Dank den Empfang Ihres Schreibens vom 6. September d. J.

Die o. a. Angelegenheit wurde mir nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub vorgelegt. Ich habe inzwischen auch den Versuch unternommen, nähere Einzelheiten über Ihren Mandanten in Erfahrung zu bringen. Was die grundsätzliche Seite der Angelegenheit betrifft, so darf ich auf folgendes hinweisen:

Wir haben uns wiederholt eingeschaltet, als Insassen des Lagers Föhrenwald ausgewiesen werden sollten und deswegen mehrmals, sowohl mit dem Auswärtigen Amt als auch mit anderen Amtsstellen, unterhandelt. Es ist dann auch gelungen, diese Ausweisungen rückgängig zu machen und den "illegalen Einwanderern" die Möglichkeit zu geben, ordnungsgemäss ihre Auswanderung zu betreiben. Darüberhinaus wurde mit Hilfe des Bundes und der jüdischen Organisationen die Integrierung der übrigen Bevölkerung des Lagers sichergestellt. Ich bin selbst wiederholt in Föhrenwald gewesen, und wir haben alle nur möglichen Schritte unternommen, um die schwierigen Probleme, die dort aufgetreten waren, zu lösen.

Was nun die Frage der Aufenthaltserlaubnisse im allgemeinen angeht, so ist seit langem anerkannt, dass Personen, die im Zuge der nationalsozialistischen Verfolgung Deutschland verlassen mussten, ein Recht haben, nach Deutschland zurückzukehren und ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik zu nehmen. Das gilt auch dann, wenn diese Verfolgten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Wir sind aber keineswegs in der Lage, die Einwanderung von jüdischen Menschen nach Deutschland zu ermutigen, die nicht vor der Verfolgung ihren Wohnsitz dort gehabt haben oder als Displaced Persons, meist mit Mitteln der jüdischen Organisationen, aus Deutschland ausgewandert sind.

ZENTRALRAT DER KUNST IN DEUTSCHLAND



GOHRSMÜHLE

Man wird eine derartige Rückwanderung nicht unbedingt für angezeigt halten. Diese Zurückhaltung ist sicherlich dann berechtigt, wenn die Einwanderung aus dem Staat Israel unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften erfolgt.

Ich kann jedenfalls in der Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis gegenüber diesem Kreis der illegalen Einwanderer keinen Akt der Diskriminierung oder gar der Verfolgung sehen.

Ich verkenne nicht, dass zuweilen individuelle Gesichtspunkte massgebend sind, die eine Einwanderung nach Deutschland veranlassen.

Nach meinen Informationen hatten Ihr Mandant und seine Frau israelische Pässe. Sie wurden in den Jahren 1953 und 1954 von der jüdischen Organisation American Joint Distribution Committee finanziell unterstützt. Ihr Mandant ist im Jahre 1954 nach Brasilien ausgewandert. Einen Anlass für eine Intervention des Zentralrats in seinem Falle kann ich nicht feststellen.

Sofern Akte der Diskriminierung oder Verfolgung vorkommen, werden wir uns sicherlich darum kümmern. Es ist aber bisher nichts vorgebracht, aus dem sich entnehmen lässt, dass dieser Tatbestand hier gegeben ist.

Sollten Sie derartige Fälle kennen, so sind wir Ihnen zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie sie uns mitteilen, wie wir es auch dankbar begrüßen, dass Sie sich auch dieses Mandanten so eingehend annehmen.

Ich werde mir gestatten, wenn ich in Mannheim bin, Sie nach vorheriger Verabredung aufzusuchen.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Ihr sehr ergebener



Dr. H. G. van Dam
Generalsekretär

Galbung

live with in some families

Gesamte nun Aufhebung des Hauptverkehrs
- Erhaltung des Einvernehmens in
Wiederholung in Brudersjahren - Tolleranz
aufnahme als Thron - de Bassepfeilwerk.

✓ Pap muss wieder erhalten.
geschriebene Böse?

Haarstrammell wird wohl nichts
dagegen helfen.

Inventory of 22 R on A.B

dane etwa 4 Wochen wegen Verlobung.
mit Samkeima:

so komme sie an meine Passagieren
vorbei.

Thrupen Thallus columbus - enthält
den Galleinstoff seines Papres

Bergmann and men
Lithpach

Amptman ~~at~~ Eisinger

A k t e n n o t i z

=====

In der Sache Szmigiel habe ich heute auf Veranlassung von Herrn Flurmann mit Herrn Dorsch in München telefoniert. Dieser hat die Nummer 0811/531881. Der zuständige Beamte beim Polizeipräsidium München möchte einen Ausweg finden, der etwa dahingeht, daß jetzt gegen Szmigiel nichts unternommen wird, daß er seinen Paß wieder erhält, damit in ein westliches Land ausreist und dann mit einem neuen Visum legal wieder einreist. Das wird mir Herr Wolf München in einem Briefe auseinandersetzen, den ich wohl in den nächsten Tagen erhalte.

Ich habe Herrn Dorsch gesagt, daß ich evtl. am Montag, den 19. September ganz früh auf das Polizeipräsidium in München gehen könne. Herr Dorsch wird mich in diesem Falle abholen.

9.9.1960

the first thing I noticed when I stepped out of the car was the cold. It was a sharp contrast to the warm blanket I had been under. I looked around and saw a few other people walking towards the same building. The air was thick with the smell of exhaust and the sound of distant traffic. I felt a little lost, but I knew I had to go in. The building was a large, multi-story structure with many windows. I walked up the stairs and found a room that was exactly what I needed. It was simple, but it was clean and it had everything I needed. I took a deep breath and felt a sense of relief. I was finally home.

It was a relief to be back in a room that was familiar to me. I had been away for so long, and it felt like I had been in a foreign country. The room was small, but it was perfect for me. I had everything I needed, and I was finally able to rest. I closed my eyes and let the world go. I was finally home.

den 6. 9. 1960

Zentralrat der Juden
in Deutschland
Herrn Generalsekretär
Dr. B.G. van D a m

D ü s s e l d o r f
Fischerstrasse 49

Sehr geehrter Herr van Dam!

Auf meinen an Sie gerichteten Brief vom 30.7.60 schrieb mir Ihre Sekretärin, daß Ihnen mein Brief nach Ihrer Rückkehr aus dem Urlaub vorgelegt würde. Nun las ich, daß Sie an der Einweihung der Synagoge in Hamburg teilgenommen haben, also wohl nicht mehr in Urlaub sind.

Ich wäre Ihnen darum dankbar, wenn Sie meinen Brief vom 30.7., der ja eine dringende Angelegenheit betraf, beantworten würden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

Vh

Gen. E. A. 1960

Centraler der Juden
in Deutschland
Fritz Bauer
Dr. E. A. van D. m.

U. A. A. I. d. r. T.
Einschreibungs 40

Sehr geehrter Herr van D.

Ist mir sehr an die gerichteten Briefe von 30.7.60. Ich habe mir Ihre
Bereitschaft, das Ihnen mein Brief nach Ihrer Rückkehr aus dem Ur-
land vorzulegen, dankt. Ich las ihn, das Sie an der Einweisung der
Syngog in Hamburg teilgenommen haben, also wohl nicht mehr in
Frankreich sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen Brief von 30.7.
das Sie eine dringende Angelegenheit betraf, beantwortet würden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung

den 6. 9. 1960

Zentralrat der Juden
in Deutschland
Herrn Generalsekretär
Dr. B.G. van D a m

D ü s s e l d o r f
Fischerstrasse 49

Sehr geehrter Herr van Dam!

Auf meinen an Sie gerichteten Brief vom 30.7.60 schrieb mir Ihre Sekretärin, daß Ihnen mein Brief nach Ihrer Rückkehr aus dem Urlaub vorgelegt würde. Nun las ich, daß Sie an der Einweihung der Synagoge in Hamburg teilgenommen haben, also wohl nicht mehr in Urlaub sind.

Ich wäre Ihnen darum dankbar, wenn Sie meinen Brief vom 30.7., der ja eine dringende Angelegenheit betraf, beantworten würden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

am 6. 9. 1950

Kontrollrat der Juden
in Deutschland
Herrn Generalleutnant
Dr. H. G. v. d. ...

U. R. e. i. d. e. r.
Flachstrasse 49

Sehr geehrter Herr von Damm!

Ich meine an die gerichteten Briefe von 30.7.50 anzuwenden, die Ihnen
bezeichnet, das Ihnen mein Brief noch immer unbekannt aus dem Ur-
sach vorgelegt wurde. Nur das ich, das Sie an der Einweisung der
Symptome in Hamburg festgestellt haben, das wohl nicht mehr in
Ursach sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen Brief von 30.7.50
das ja eine dringende Angelegenheit betrifft, beantwortet würden.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

1.) Rücksp. mit Halckenhäuser 29. 8. 66

~~2.)~~ Firmen für Einreise ist
Kontingentsfrei
kann nichts genommen
bleibt in der Tasche

~~3.)~~ Rep in Hinterland
Zurück-Berufung

J. soll im Halckenhäuser
kommen

2.) Ich habe Fluormann benachrichtigt

3.) J. hat von Halckenhäuser den
Antrag erhalten, der bis nunmehr
bis Ende Sept. gilt.

✓h

Page 10 of 10

22. 8. 60

Honf. mit Hdt.

1. Telef. mit Staatsanw. Clausen.

Er hat noch nicht entschieden.
Er will, wenn J. Aufenthalt
erlaubnis erhält, Verfahren nach
§ 153 a St P.O. einstellen.

2. Die Frau Flormann mitteilt
ist kürzeres Lastbearbeitet
Walf bis 29. 8. in Uolank
Östlich sucht nach der Last
in München bis dahin

3. Insp. J. läuft das Diagramm
für Einreise am 7. 9. 60. ab.
Kann von hiesiger Polizei
verlängert werden.

Insp. Kistreck vertritt
Halkenhäuser, der in Uolank
ist, Halkenhäuser ist am
29. 8. 60. wieder da. Dann
Rücksp. mit ihm.

Uh

[Faint, illegible handwriting throughout the page, possibly bleed-through from the reverse side.]

Für Herrn Huber

In Sachen Szmigiel hat Herr Flurmann für den Mandanten an mich einen Gebührenvorschuss von DM 300,-- durch Banküberweisung am 12.8.1960 bezahlt.

Mannheim, den 13.8.1960

Heimerich
Dr. Heimerich

Huber

Huber, Henry

In Darden 2. Mittelst hat Henry Huber ein
eigenes Geschäftsbüro von 12.000 - durch Bankkredit
12.000.000 besetzt.

Huber, Henry 12.000.000

Dr. Herrlich

den 11. 8. 1960

Herrn

Haim Szmigiel (Mond)

M a n n h e i m

U 3, 16/17

Sehr geehrter Herr Szmigiel!

In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift eines Schreibens, das mir heute von dem Oberbürgermeister der Stadt München zugegangen ist. Es ist zweifellos gut, daß sich der Münchner Oberbürgermeister um Ihre Angelegenheit kümmert und daß er eine Prüfung angeordnet hat.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!



DER OBERBÜRGERMEISTER DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

München, den 9. August 1960

Herrn Professor
Dr. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

M a n n h e i m

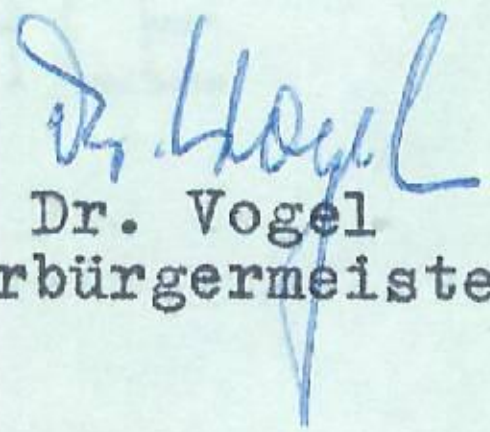
A 2, 1
(Gebäude der Rhein.
Hypothekenbank)

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 3. August 1960 in der Sache Haim Szmigiel. Ich habe das Referat für Kreisverwaltung und öffentliche Ordnung beauftragt, die Sache einer Prüfung zu unterziehen. Nach Abschluß der Prüfung darf ich Ihnen einen weiteren Bescheid geben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener


Dr. Vogel
Oberbürgermeister



DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

München, den 2. August 1960

Herrn Professor

Dr. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

M a n n h e i m

A. S. 1
(Gebäude der Rheinl.
Hypothekendarlehen)

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 2. August 1960
in der Sache Mann Heimerich. Ich habe das Referat für Kreis-
verweisung und öffentliche Ordnung beantragt, die Sache
einer Prüfung zu unterziehen. Nach Abschluss der Prüfung darf
ich Ihnen einen weiteren Bescheid geben.

Mit freundlichen Grüßen

GOHRSMÜHLE

F. Vogel
Oberbürgermeister

den 10. 8. 1960

Herrn
Ludwig Flurmann

M a n n h e i m
U 3, 16/17

Sehr geehrter Herr Flurmann !

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich in der Angelegenheit des
Herrn Haim Szmigiel (Mond) mit einem Kostenvorschuß von DM 300.--
versehen würden.

Ich bitte um Überweisung auf mein Konto Nr. 20 303 bei der Deut-
schen Bank, Filiale Mannheim.

Mit freundlicher Begrüssung !

Wien, 10. 8. 1902

Herrn Dr. v. S.

in Wien

Sehr geehrter Herr!

Ich habe Ihnen dankend für die Zusendung des
Buchs "Die Geschichte der Kunst" (Band 1) mit
seiner Beschreibung der Kunst von 1800-
1900 dankend zur Kenntnis genommen.
Ich habe das Buch sehr gerne gelesen und
habe es sehr nützlich gefunden.

Mit freundlichen Grüßen

§ 153

6.8.1960

An die
Staatsanwaltschaft
z.Hd.v. Herrn Staatsanwalt Clausen
M a n n h e i m

Dr.H./F.

Betr.: Strafanzeige der Kriminalpolizei gegen Haim Szmigiel (Mond)
in Mannheim U 3, 16-17 wegen Übertretung eines Aufenthalts-
verbots

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Ich nehme Bezug auf meinen gestrigen telefonischen Anruf bei
Ihnen.

Ich habe die anwaltschaftliche Vertretung des Obengenannten
übernommen und habe in dieser Angelegenheit die abschriftlich
anliegende Eingabe an den Herrn Polizeipräsidenten in München
gerichtet, um auf diese Weise das im Jahre 1953 gegen Herrn
Szmigiel erlassene Aufenthaltsverbot aus der Welt zu schaffen.
Ich bin dabei davon ausgegangen, dass es , nachdem Herr Szmigiel
mit seiner Familie (Frau und zwei Kinder) erneut in die Bundes-
republik eingereist ist, Sache des Polizeipräsidioms in Mannheim
sein müsste, darüber zu entscheiden, ob Herrn Szmigiel eine Auf-
enthaltserlaubnis erteilt wird.

Die neuerliche Einreise des Herrn Szmigiel mit seiner Frau und
seinen zwei Kindern war nicht illegal. Herr Szmigiel hat sich
vielmehr für diese Einreise ein Visum von der deutschen Passab-
teilung beim englischen Konsulat in Haifa geben lassen. Der
englische Konsul nimmt in Israel die deutschen Interessen wahr.

4-25

1

1930

1930

1930

1930

1930

1930

1930

1930

1930

1930

Ausserdem hat sich Herr Szmigiel sofort nach seiner Ankunft in Mannheim ordnungsgemäss polizeilich gemeldet. Zum allermindesten hat Herrn Szmigiel jedes Bewusstsein der Rechtswidrigkeit einer solchen Einreise gefehlt. Er konnte, nachdem ihm ein Einreisevisum durch das zuständige Konsulat erteilt war, ohne weiteres annehmen, dass die Einreise in Ordnung ging. Zudem liegt ja auch das Aufenthaltsverbot, das gegenüber Herrn Szmigiel im Jahre 1953 in München ausgesprochen wurde, nicht weniger als sieben Jahre zurück. Herr Szmigiel konnte durchaus annehmen, dass dieses Aufenthaltsverbot keine Bedeutung mehr habe.

Wenn das Polizeipräsidium in München neuerlich in seinem Fernschreiben an das Polizeipräsidium in Mannheim vom 19.7.1960 erklärt hat, dass das in München ausgesprochene Aufenthaltsverbot seit dem 25.8.1953 unanfechtbar sei, und dass der abweisende Vorbescheid des Verwaltungsgerichts München seit dem 18.1.1955 als Urteil rechtskräftig sei, so ist demgegenüber zu bemerken, dass das Münchner Verwaltungsgericht in eine sachliche Prüfung des Aufenthaltsverbote überhaupt nicht eingetreten ist. Eine von Herrn Rechtsanwalt Dr. Besold in München ~~gegen~~^{gegen} Szmigiel und andere am 12.8.1953 eingereichte Klage beim Verwaltungsgericht ist vom Verwaltungsgericht kurzerhand wegen Fristversümnisses abgewiesen worden, da der Anwalt versäumt hatte, erst ein Beschwerdeverfahren durchzuführen, das Voraussetzung für eine Anfechtungsklage war.

Eigenartig muss es auch berühren, dass das Polizeipräsidium München jetzt das Polizeipräsidium Mannheim mit dem gleichen Fernschreiben versucht hat, Herrn Szmigiel einer Verurteilung zuzuführen und das Aufenthaltsverbot eventuell in Anwendung von § 456a StPO durch Abschiebung zu vollziehen. Das Polizeipräsidium München hat sich im Jahre 1953, als das Aufenthaltsverbot gegen Herrn Szmigiel ergangen war, nicht entschliessen können, eine Abschiebung vorzunehmen. Das schien schon deshalb unmöglich, weil sich das damals ergangene Aufenthaltsverbot nicht auf Frau Szmigiel und die Kinder erstreckte und ausserdem der bayerische Innenminister eingegriffen

hat, um eine Ausweisung des Herrn Szmigiel und anderer Juden zu verhindern.

Ich bitte, die Angelegenheit zu prüfen und nach Lage der Verhältnisse das Verfahren gegen Haim Szmigiel (Mond) einzustellen.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung

Rechtsanwalt

1 Anlage

und, wie sich im Verlauf des Jahres herausstellte, auch

im Vergleich

mit den anderen, die in der gleichen Zeit in der gleichen
Lage waren, eine gewisse Abweichung (nach unten) aufwies.

Die Abweichung war aber

geringfügig.

Seite 1

6.8.1960

An die
Staatsanwaltschaft
z.Hd.v. Herrn Staatsanwalt Clausen
M a n n h e i m

Dr.H./F.

Betr.: Strafanzeige der Kriminalpolizei gegen Haim Szmigiel (Mond)
in Mannheim U 3, 16-17 wegen Übertretung eines Aufenthalts-
verbots

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Ich nehme Bezug auf meinen gestrigen telefonischen Anruf bei
Ihnen.

Ich habe die anwaltschaftliche Vertretung des Obengenannten
übernommen und habe in dieser Angelegenheit die abschriftlich
anliegende Eingabe an den Herrn Polizeipräsidenten in München
gerichtet, um auf diese Weise das im Jahre 1953 gegen Herrn
Szmigiel erlassene Aufenthaltsverbot aus der Welt zu schaffen.
Ich bin dabei davon ausgegangen, dass es , nachdem Herr Szmigiel
mit seiner Familie (Frau und zwei Kinder) erneut in die Bundes-
republik eingereist ist, Sache des Polizeipräsidiiums in Mannheim
sein müsste, darüber zu entscheiden, ob Herrn Szmigiel eine Auf-
enthaltserlaubnis erteilt wird.

Die neuerliche Einreise des Herrn Szmigiel mit seiner Frau und
seinen zwei Kindern war nicht illegal. Herr Szmigiel hat sich
vielmehr für diese Einreise ein Visum von der deutschen Passab-
teilung beim englischen Konsulat in Haifa geben lassen. Der
englische Konsul nimmt in Israel die deutschen Interessen wahr.

Ausserdem hat sich Herr Szmigiel sofort nach seiner Ankunft in Mannheim ordnungsgemäss polizeilich gemeldet. Zum allermindesten hat Herrn Szmigiel jedes Bewusstsein der Rechtswidrigkeit einer solchen Einreise gefehlt. Er konnte, nachdem ihm ein Einreisevisum durch das zuständige Konsulat erteilt war, ohne weiteres annehmen, dass die Einreise in Ordnung ging. Zudem liegt ja auch das Aufenthaltsverbot, das gegenüber Herrn Szmigiel im Jahre 1953 in München ausgesprochen wurde, nicht weniger als sieben Jahre zurück. Herr Szmigiel konnte durchaus annehmen, dass dieses Aufenthaltsverbot keine Bedeutung mehr habe.

Wenn das Polizeipräsidium in München neuerlich in seinem Fernschreiben an das Polizeipräsidium in Mannheim vom 19.7.1960 erklärt hat, dass das in München ausgesprochene Aufenthaltsverbot seit dem 25.8.1953 unanfechtbar sei, und dass der abweisende Vorbescheid des Verwaltungsgerichts München seit dem 18.1.1955 als Urteil rechtskräftig sei, so ist demgegenüber zu bemerken, dass das Münchner Verwaltungsgericht in eine sachliche Prüfung des Aufenthaltsverbote überhaupt nicht eingetreten ist. Eine von Herrn Rechtsanwalt Dr. Besold in München ~~gegen~~ Szmigiel und andere am 12.8.1953 eingereichte Klage beim Verwaltungsgericht ist vom Verwaltungsgericht kurzerhand wegen Fristversäumnisses abgewiesen worden, da der Anwalt versäumt hatte, erst ein Beschwerdeverfahren durchzuführen, das Voraussetzung für eine Anfechtungsklage war.

Eigenartig muss es auch berühren, dass das Polizeipräsidium München jetzt das Polizeipräsidium Mannheim mit dem gleichen Fernschreiben versucht hat, Herrn Szmigiel einer Verurteilung zuzuführen und das Aufenthaltsverbot eventuell in Anwendung von § 456a StPO durch Abschiebung zu vollziehen. Das Polizeipräsidium München hat sich im Jahre 1953, als das Aufenthaltsverbot gegen Herrn Szmigiel ergangen war, nicht entschliessen können, eine Abschiebung vorzunehmen. Das schien schon deshalb unmöglich, weil sich das damals ergangene Aufenthaltsverbot nicht auf Frau Szmigiel und die Kinder erstreckte und ausserdem der bayerische Innenminister eingegriffen

hat, um eine Ausweisung des Herrn Szmigiel und anderer Juden zu verhindern.

Ich bitte, die Angelegenheit zu prüfen und nach Lage der Verhältnisse das Verfahren gegen Haim Szmigiel (Mond) einzustellen.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung

Rechtsanwalt

1 Anlage

and, as a result, the following are the results of the investigation:

on the subject.

As a result, the following are the results of the investigation:

the results of the investigation are as follows:

the results of the investigation are as follows:

the results of the investigation are as follows:

the results of the investigation are as follows:

den 29. Juli 1960

An den Herrn
Polizeipräsidenten
- Amt für öffentliche Ordnung -

M ü n c h e n
=====

Betr.: Aufenthaltsverbot für Haim Szmigiel (Mond)

Ich vertrete laut beiliegender Vollmacht Herrn Haim Szmigiel (Mond), in dessen Namen ich folgendes vortrage:

1. Herr Szmigiel wohnt zur Zeit in Mannheim, U 3, 16/17 und hat sich bei dem Polizeipräsidium in Mannheim am 22.6.60 ordnungsgemäß angemeldet.

Das Amt für öffentliche Ordnung in München hat am 3.8.1953 ein Aufenthaltsverbot für meinen Mandanten erlassen, hat aber eine Ausweisung nicht durchgeführt, sondern Herrn Szmigiel den Aufenthalt im Lager Föhrenwald bei Wolfratshausen weiter gestattet, bis dann Herr Szmigiel mit seiner Familie (Frau und zwei Kindern) in der zweiten Hälfte Dezember 1953 nach Brasilien auswanderte.

Herr Szmigiel hat im Jahre 1946 bei dem Standesamt in Feldafing bei München die Ehe geschlossen. Aus dieser Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen, von denen eines am 30.9.1947 in Lübeck und das andere am 18.1.1951 in Haifa geboren wurde. Die illegale Einreise des Herrn Szmigiel Ende Juni 1953 nach Bayern erfolgte in Gemeinschaft mit seiner Familie, also mit seiner Frau und seinen zwei Kindern, die ebenfalls im Lager Föhrenwald untergebracht waren und dann auch in Wolfratshausen polizeilich gemeldet wurden. Ganz offensichtlich hat man es damals als eine untragbare Härte angesehen, das Aufenthaltsverbot auch auf Frau und Kinder zu erstrecken.

Das Schicksal des Herrn Szmigiel und seiner Familie ist ein ganz besonders wechselvolles und tragisches gewesen. Herr

den 29. Juli 1954

An den Herrn
Polizei-Präsidenten
- Auf die öffentliche Ordnung -

Mannheim

Betreff: Interkulturelles Institut für Heilmittel (Hörs)

Ich verweise auf die beigefügten Unterlagen des Herrn Heilmittel
(Hörs), in denen Namen von folgenden Personen vorkommen:

1. Der Herr Heilmittel wohnt zur Zeit in Mannheim, U. 5, 10/11 und hat
sich bei der Polizeipräsidenten in Mannheim am 22.6.50. ordnungs-
gemäß angemeldet.

Das ist für öffentliche Ordnung in Mannheim hat am 2.8.1953
ein Interkulturelles Institut für Heilmittel gegründet, das aber
eine Ausweisung nicht nachgeht, sondern Herr Heilmittel dem
Antragsteller im letzten Sommer bei der Wollschmiede weiter ge-
stattet, die dann Herr Heilmittel mit seiner Familie (Frau und
zwei Kindern) in der zweiten Hälfte Dezember 1953 nach Bra-
silien ausgewandert.

Herr Heilmittel hat im Jahre 1946 bei der Staatsanwaltschaft in Feld-
berg bei München die Ehe geschieden. Aus dieser Ehe sind
zwei Kinder hervorgegangen, von denen einer am 30.9.1947 in
Lübeck und der andere am 18.1.1951 in Halle geboren wurde. Die
illegale Einreise des Herrn Heilmittel Ende Juni 1953 nach Bayern
erfolgte in Gemeinschaft mit seiner Familie, also mit seiner
Frau und seinen zwei Kindern, die ebenfalls in letzter Wollschmiede
Wohnungsgemeinschaft waren und dann auch in Wollschmiede poli-
zeilich gemeldet wurden. Ganz offensichtlich hat man es damals
als eine kulturelle Partei angesehen, das Interkulturelle Institut
auch auf Frau und Kinder zu erstrecken.

Das Schicksal des Herrn Heilmittel und seiner Familie ist ein
ganz besonders wehweiches und tragisches gewesen. Herr

Szmigiel war polnischer Staatsangehöriger. Er wurde während des zweiten Weltkrieges im Alter von 16 Jahren! von der deutschen Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Auschwitz und später in das Konzentrationslager Flossenbürg in der bayrischen Oberpfalz gebracht. Dort war Herr Szmigiel in einer lebensgefährlichen Gefangenschaft, bis ihn die amerikanische Armee befreite. Dann kam Herr Szmigiel in ein DP-Lager nach Feldafing am Starnberger See, wo er bis 1947 verblieb. In diesem DP-Lager hat Herr Szmigiel auch seine Frau kennengelernt. Mit seiner Frau versuchte dann Herr Szmigiel nach Israel auszuwandern. Er gehörte zu den Teilnehmern an der Fahrt des berühmten Schiffes Exodus, das mit 4500 jüdischen Flüchtlingen im Staate Israel zu landen versuchte, aber von den Engländern daran gehindert wurde. Die Engländer haben dann die Insassen des Schiffes drei Monate lang festgehalten, bis es einem kleinen Teil der Insassen gelang, doch nach Israel zu kommen, während die übrigen Insassen des Schiffes von den Engländern nach Hamburg gebracht wurden. Zu diesem letzteren Teil gehörte Herr Szmigiel, der in verschiedene Durchgangslager in Deutschland kam und dem es dann endlich im Jahre 1948 gelang, nach Israel auszuwandern.

Herr Szmigiel konnte in Israel die Schwierigkeiten, die sich vor ihm auftürmten, nicht überwinden. Das dort im Jahre 1951 geborene zweite Kind litt an Astma und konnte das Klima in Israel durchaus nicht vertragen. Auch die Bemühungen um die Beschaffung einer geeigneten Wohnung führten zu keinem Erfolg. Herr Szmigiel selbst war der schweren Arbeit als Baggerführer gesundheitlich nicht gewachsen. So entschloß er sich mit seiner Familie und anderen Leidensgenossen Israel wieder zu verlassen und den Versuch zu machen, in der deutschen Bundesrepublik eine geeignete Existenz zu finden. Das führte dann zu der illegalen Einreise nach Bayern im Juni 1953.

Die Illegalität dieser Einreise war darauf zurückzuführen, daß es damals völlig unmöglich war von Israel aus ein Visum für

die Bundesrepublik zu bekommen. Die Ausstellung eines solchen Visums für die Bundesrepublik Deutschland war vom Staate Israel ausdrücklich verboten.

Es folgte dann die Auswanderung der Familie Szmigiel nach Brasilien. Auch in Brasilien konnte sich die Familie nicht halten, da alle Familienangehörigen das tropische Klima durchaus nicht vertrugen. Darum ist die Familie Szmigiel im Jahre 1955 wieder nach Israel zurückgekehrt, wo Herr Szmigiel erneut erkrankte und die Arbeit in seinem Beruf nicht mehr durchführen konnte. Deswegen hat er sich entschlossen, mit einem Visum der deutschen Abteilung beim englischen Konsulat in Haifa zusammen mit seiner Frau und den zwei Kindern nach Mannheim zu gehen, weil er dort von einem Verwandten, dem deutschen Staatsangehörigen Ludwig Flurmann in Mannheim aufgenommen werden konnte. Herr Szmigiel will nun in Mannheim einen Beruf aufnehmen, den er gesundheitlich vertragen kann. Ein schweres Schicksal soll hier endlich zur Ruhe kommen.

2. Ich beantrage die Aufhebung des gegenüber Herrn Haim Szmigiel (Mond) vom Amt für öffentliche Ordnung in München erlassenen Aufenthaltsverbots vom 3.8.1953 mit folgender weiterer Begründung:

Das vom Amt für öffentliche Ordnung in München ausgesprochene Aufenthaltsverbot hat damals auf Intervention des bayrischen Innenministers nicht zu einer Ausweisung geführt. Das Aufenthaltsverbot liegt sieben Jahre zurück. Es hat sich auf Frau und Kinder des Herrn Szmigiel überhaupt nicht erstreckt. Herr Szmigiel selbst ist eine völlig unbescholtene Persönlichkeit. Aus dem Strafregisterauszug geht nichts anderes hervor, als die sechswöchige Gefängnisstrafe, die er im Jahre 1953 wegen der illegalen Einwanderung nach Bayern erhalten hat. Schon aus rein menschlichen Gründen muß der unheimlichen Wanderung, der Herr Szmigiel seit seinem 16. Lebensjahr ausgesetzt war, ein Endpunkt gegeben werden. Man kann nicht, wie dies in der Bundesrepublik mit vollem Recht geschieht, sich gegen jede Regung des Antisemitismus wenden, aber andererseits Juden aus dem Lande vertreiben,

die Bundesrepublik zu bekommen. Die Ausweisung eines solchen
Visums für die Bundesrepublik Deutschland war von dieser Partei
nicht möglich.

Es folgte dann die Ausweisung der Familie Samigiel nach Bra-
silien. Auch in Brasilien konnte sich die Familie nicht halten,
da alle Familienangehörigen das tropische Klima durchaus nicht
vertragen. Daher ist die Familie Samigiel im Jahre 1955 wieder
nach Israel zurückgekehrt, wo Herr Samigiel studienbezogene
und die Arbeit in seinem Beruf nicht mehr fortsetzen konnte.
Dawegen hat er sich entschlossen, mit einem Visum der deutschen
Abteilung beim englischen Konsulat in Haifa zusammen mit seiner
Frau und den zwei Kindern nach Mannheim zu gehen, weil er dort
von einem Verwandten, dem deutschen Staatsangehörigen Ludwig
Fischer in Mannheim aufgenommen werden konnte. Herr Samigiel
will nun in Mannheim einen Beruf erlernen, den er gesundheit-
lich verrichten kann. Ein schwerer Beruf soll ihm nicht
gegeben werden.

2. Die beantragte die Ausweisung des gegenüber Herrn Hain Samigiel
(Mond) von der öffentlichen Ordnung in München erschienenen
Aufenthaltsverbot vom 2.8.1953 mit folgender weiterer Begrün-
dung:

Das vom Amt für öffentliche Ordnung in München ausgesprochene
Aufenthaltsverbot hat damals auf Intervention des bayerischen
Innenministeriums nicht zu einer Ausweisung geführt. Das Auf-
enthaltsverbot liegt sieben Jahre zurück. Es hat sich seit Frau und
Kinder des Herrn Samigiel Staatsrecht nicht erstreckt. Herr
Samigiel selbst ist eine völlig unbekannte Persönlichkeit
an den Strafregisterakten, geht nicht anders hervor, als die
sechsbändige Führungsakten, die er im Jahre 1953 wegen der
illegalen Einwanderung nach Bayern erhalten hat. Schon aus rein
menschlichen Gründen muß der unheimlichen Forderung, der Herr
Samigiel seit seinem 16. Lebensjahr ausgesetzt war, ein Einpunkt
gegeben werden. Man kann nicht, wie dies in der Bundesrepublik
mit vollem Recht geschieht, sich gegen jede Forderung der Auswei-
sungs wenden, aber andererseits haben aus dem Lande vertrieben,

die hier endlich wieder zu einem normalen Leben gelangen wollen. Man kann dies erst recht nicht in einer Zeit, in der Zehntausende von ausländischen Arbeitskräften für die Bundesrepublik gewonnen werden.

Das Amt für öffentliche Ordnung in München dürfte auch an dem Fall Szmigiel nicht mehr interessiert sein. Es sollte jetzt m.E. ausschließlich Sache des Polizeipräsidiums in Mannheim sein, über die Zulässigkeit des Aufenthalts der Familie Szmigiel zu entscheiden. Voraussetzung hierfür ist aber die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes durch das Amt für öffentliche Ordnung in München vom 3.8.1953.

Das Polizeipräsidium in Mannheim - Abteilung Ausländer-Polizei - erhält von mir eine Abschrift dieses Schreibens.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!
gez. Dr. Heimerich

Die hier endlich wieder zu einem normalen Leben gelangen
sollen. Man kann sich erst recht nicht in einer Zeit, in der
Zustände von ähnlichen Arbeitsverhältnissen für die Bundes-
republik gewonnen werden.

Das ist für die Situation Ordnung in London dürfte auch an
den Fall zunächst nicht mehr interessiert sein. Es sollte
jetzt in U. ausser Acht gelassen werden des Polizeipräsidenten in Bonn
heim sein. Was die Kolonialzeit des Aufenthalts der Familie
Santini zu betreffen. Voraussetzung hierfür ist aber die
Aufhebung des Aufenthaltsverbotes durch das Amt für Flücht-
linge Ordnung in London vom 2.8.1953.

Das Polizeipräsident in Mannheim - Abteilung Ausländer-Polizei -
erhält von mir eine Abschrift dieses Bescheides.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung
von Dr. Heimerich

den 29. Juli 1960

An den Herrn
Polizeipräsidenten
- Amt für Öffentliche Ordnung -

M ü n c h e n
=====

Betr.: Aufenthaltsverbot für Haim Szmigiel (Mond)

Ich vertrete laut beiliegender Vollmacht Herrn Haim Szmigiel (Mond), in dessen Namen ich folgendes vortrage:

1. Herr Szmigiel wohnt zur Zeit in Mannheim, U 3, 16/17 und hat sich bei dem Polizeipräsidium in Mannheim am 22.6.60 ordnungsgemäß angemeldet.

Das Amt für Öffentliche Ordnung in München hat am 3.8.1953 ein Aufenthaltsverbot für meinen Mandanten erlassen, hat aber eine Ausweisung nicht durchgeführt, sondern Herrn Szmigiel den Aufenthalt im Lager Föhrenwald bei Wolfratshausen weiter gestattet, bis dann Herr Szmigiel mit seiner Familie (Frau und zwei Kindern) in der zweiten Hälfte Dezember 1953 nach Brasilien auswanderte.

Herr Szmigiel hat im Jahre 1946 bei dem Standesamt in Feldafing bei München die Ehe geschlossen. Aus dieser Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen, von denen eines am 30.9.1947 in Lübeck und das andere am 18.1.1951 in Haifa geboren wurde. Die illegale Einreise des Herrn Szmigiel Ende Juni 1953 nach Bayern erfolgte in Gemeinschaft mit seiner Familie, also mit seiner Frau und seinen zwei Kindern, die ebenfalls im Lager Föhrenwald untergebracht waren und dann auch in Wolfratshausen polizeilich gemeldet wurden. Ganz offensichtlich hat man es damals als eine untragbare Härte angesehen, das Aufenthaltsverbot auch auf Frau und Kinder zu erstrecken.

Das Schicksal des Herrn Szmigiel und seiner Familie ist ein ganz besonders wechselvolles und tragisches gewesen. Herr

den 29. Juli 1955

An den Herrn
Polizeipräsidenten
der öffentlichen Ordnung
in Berlin
.....

Betreff: Aufenthaltssperre für Herrn Samigiel (Mond)

Der verzeihbare Herr polizeipräsident Herr Samigiel
(Mond), in dessen Namen ich folgendes vortrage:

1. Herr Samigiel wohnt zur Zeit in Mannheim, U. 3, 16/IV und hat
sich bei dem Polizeipräsidenten in Mannheim am 22.6.55 orange-
gemäß angemeldet.

Das Amt für öffentliche Ordnung in München hat am 3.8.1955
ein Aufenthaltssperre für meinen Mandanten erlassen, hat aber
eine Ausweisung nicht durchgeführt, sondern Herrn Samigiel den
Aufenthalt im Lager Föhrenwald bei Wolfershausen weiter ge-
statet, die dann Herr Samigiel mit seiner Familie (Frau und
zwei Kinder) in der zweiten Hälfte Dezember 1955 nach Bra-
silien ausgewandert.

Herr Samigiel hat im Jahre 1946 bei dem Standesamt in Feld-
ding bei München die Ehe geschlossen. Aus dieser Ehe sind
zwei Kinder hervorgegangen, von denen eines am 30.9.1947 in
Lübeck und das andere am 18.1.1951 in Wita geboren wurde. Die
illegale Einreise des Herrn Samigiel Ende Juni 1955 nach Bayern
erfolgte im Gemeinschaft mit seiner Familie, also mit seiner
Frau und seinen zwei Kindern, die ebenfalls im Lager Föhren-
wald untergebracht waren und dann auch in Wolfershausen poli-
zeilich gemeldet wurden. Ganz offensichtlich hat man es damals
als eine illegale Einreise angesehen, das Aufenthaltssperre
auch auf Frau und Kinder zu erstrecken.

Das Schicksal des Herrn Samigiel und seiner Familie ist ein
ganz besonders wechselvolles und tragisches gewesen. Herr

Szmigiel war polnischer Staatsangehöriger. Er wurde während des zweiten Weltkrieges im Alter von 16 Jahren! von der deutschen Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Auschwitz und später in das Konzentrationslager Flossenbürg in der bayrischen Oberpfalz gebracht. Dort war Herr Szmigiel in einer lebensgefährlichen Gefangenschaft, bis ihn die amerikanische Armee befreite. Dann kam Herr Szmigiel in ein DP-Lager nach Feldafing am Starnberger See, wo er bis 1947 verblieb. In diesem DP-Lager hat Herr Szmigiel auch seine Frau kennengelernt. Mit seiner Frau versuchte dann Herr Szmigiel nach Israel auszuwandern. Er gehörte zu den Teilnehmern an der Fahrt des berühmten Schiffes Exodus, das mit 4500 jüdischen Flüchtlingen im Staate Israel zu landen versuchte, aber von den Engländern daran gehindert wurde. Die Engländer haben dann die Insassen des Schiffes drei Monate lang festgehalten, bis es einem kleinen Teil der Insassen gelang, doch nach Israel zu kommen, während die übrigen Insassen des Schiffes von den Engländern nach Hamburg gebracht wurden. Zu diesem letzteren Teil gehörte Herr Szmigiel, der in verschiedene Durchgangslager in Deutschland kam und dem es dann endlich im Jahre 1948 gelang, nach Israel auszuwandern.

Herr Szmigiel konnte in Israel die Schwierigkeiten, die sich vor ihm auftürmten, nicht überwinden. Das dort im Jahre 1951 geborene zweite Kind litt an Astma und konnte das Klima in Israel durchaus nicht vertragen. Auch die Bemühungen um die Beschaffung einer geeigneten Wohnung führten zu keinem Erfolg. Herr Szmigiel selbst war der schweren Arbeit als Baggerführer gesundheitlich nicht gewachsen. So entschloß er sich mit seiner Familie und anderen Leidensgenossen Israel wieder zu verlassen und den Versuch zu machen, in der deutschen Bundesrepublik eine geeignete Existenz zu finden. Das führte dann zu der illegalen Einreise nach Bayern im Juni 1953.

Die Illegalität dieser Einreise war darauf zurückzuführen, daß es damals völlig unmöglich war von Israel aus ein Visum für

Genügend war politischer Staatsangehöriger. Er wurde während
des zweiten Weltkrieges in Alter von 15 Jahren von der deut-
schen Wehrmacht in das Konzentrationslager Auschwitz
und später in das Konzentrationslager Trossenau in der Gegend
von Oberösterreich verschickt. Dort war Herr Genügel in einer be-
sonders schweren Abteilung beschäftigt, die die amerikanischen Ge-
fangenen in der DP-Lagerstadt Trossenau in ein DP-Lager nach
Trossenau am österreichischen See, wo er bis 1947 verblieb. In die-
sem DP-Lager hat Herr Genügel auch seine Frau kennengelernt.
Er heiratete Frau Genügel, die eine deutsche Frau war, die aus
Auschwitz in Trossenau kam. Er gehörte zu den Teilnehmern an der Fahrt des be-
trüglichen Schiffes "Hörsing", das mit 4000 Flüchtlingen
in Ostsee unter anderem von der Insel Langeland
dort ankam. Die Flüchtlinge haben dann die Insel
genutzt, um nach Schweden zu fliehen. Die Insel Langeland ist
ein Teil der Inseln, die nach Israel zu kommen, wäh-
rend die übrigen Inseln des Gebietes von den Angehörigen nach
Hamburg gebracht wurden. In diesem letzten Teil der Fahrt hat
Genügel, der in verschiedenen Durchgangslagern in Deutschland
kam und dort auch nach England im Jahre 1948 gelangte, nach Trossenau
zurückgekehrt.

Herr Genügel kommt in Israel die schwedische Mission, die sich
vor ihm befindet, nicht zustimmen. Das dort in Jahre 1952
geordnete wurde nicht an eine Frau, die keine Frau ist,
Israel hat diese nicht verteidigt. Auch die Bedingungen in der
Gegend sind nicht geeignet, um einen Erfolg zu haben. Herr
Genügel selbst war der schweren Arbeit als Lagerhelfer
zustandhaft nicht gewohnt. So entschloß er sich mit seiner
Familie und anderen Leidensgenossen Israel wieder zu verlassen
und den Versuch zu machen, in der deutschen Bundesrepublik eine
geordnete Existenz zu finden. Das konnte dann in der Illegalität
erfolgreich sein. Er ist im Jahre 1953
Die illegale Existenz wurde durch Zufälle zu einem Leben im
es damals völlig unmöglich war von Israel aus ein Leben zu

die Bundesrepublik zu bekommen. Die Ausstellung eines solchen Visums für die Bundesrepublik Deutschland war vom Staate Israel ausdrücklich verboten.

Es folgte dann die Auswanderung der Familie Szmigiel nach Brasilien. Auch in Brasilien konnte sich die Familie nicht halten, da alle Familienangehörigen das tropische Klima durchaus nicht vertrugen. Darum ist die Familie Szmigiel im Jahre 1955 wieder nach Israel zurückgekehrt, wo Herr Szmigiel erneut erkrankte und die Arbeit in seinem Beruf nicht mehr durchführen konnte. Deswegen hat er sich entschlossen, mit einem Visum der deutschen Abteilung beim englischen Konsulat in Haifa zusammen mit seiner Frau und den zwei Kindern nach Mannheim zu gehen, weil er dort von einem Verwandten, dem deutschen Staatsangehörigen Ludwig Flurmann in Mannheim aufgenommen werden konnte. Herr Szmigiel will nun in Mannheim einen Beruf aufnehmen, den er gesundheitlich vertragen kann. Ein schweres Schicksal soll hier endlich zur Ruhe kommen.

2. Ich beantrage die Aufhebung des gegenüber Herrn Haim Szmigiel (Mond) vom Amt für öffentliche Ordnung in München erlassenen Aufenthaltsverbots vom 3.8.1953 mit folgender weiterer Begründung:

Das vom Amt für öffentliche Ordnung in München ausgesprochene Aufenthaltsverbot hat damals auf Intervention des bayrischen Innenministers nicht zu einer Ausweisung geführt. Das Aufenthaltsverbot liegt sieben Jahre zurück. Es hat sich auf Frau und Kinder des Herrn Szmigiel überhaupt nicht erstreckt. Herr Szmigiel selbst ist eine völlig unbescholtene Persönlichkeit. Aus dem Strafregisterauszug geht nichts anderes hervor, als die sechswöchige Gefängnisstrafe, die er im Jahre 1953 wegen der illegalen Einwanderung nach Bayern erhalten hat. Schon aus rein menschlichen Gründen muß der unheimlichen Wanderung, der Herr Szmigiel seit seinem 16. Lebensjahr ausgesetzt war, ein Endpunkt gegeben werden. Man kann nicht, wie dies in der Bundesrepublik mit vollem Recht geschieht, sich gegen jede Regung des Antisemitismus wenden, aber andererseits Juden aus dem Lande vertreiben,

die Bundesrepublik zu bekommen. Die Ausweisung eines solchen
Vertrags für die Bundesrepublik Deutschland war vom ersten Ansatz
aus nicht vorgesehen.

Es folgte dann die Ausweisung der Familie Samigiel nach Aus-
weisung. Auch in diesem Falle konnte sich die Familie nicht helfen,
da alle Familienangehörigen das tropische Klima dort nicht
vertragen. Daher ist die Familie Samigiel im Jahre 1955 wieder
nach Israel zurückgekehrt, wo Herr Samigiel Arbeitsverhältnisse
und die Arbeit in seinem Hotel nicht mehr durchführen konnte.
Deshalb hat er sich entschlossen, mit einem Visum der deutschen
Botschaft in London einen Kontakt in Hilfe zusammen mit seiner
Frau und den zwei Kindern nach Hamburg zu gehen, weil er dort
von einem Verwandten, dem deutschen Staatsangehörigen Ludwig
Klein in Hamburg aufgenommen werden konnte. Herr Samigiel
will nun in Hamburg einen Beruf aufnehmen, den er gesundheitlich
nicht verrichten kann. Ein solches Geschäft soll hier endlich
zur Ruhe kommen.

2. Ich beantrage die Aufhebung des gegenüber Herrn Heim Samigiel
(Mond) von der öffentlichen Ordnung in München erlassenen
Verwaltungsbeschlusses vom 2.8.1955 mit folgender weiteren Begrün-

Das von ihm für öffentliche Ordnung in München ausgesprochene
Verwaltungsverbot hat damals auf Intervention des bayerischen
Innenministers nicht zu einer Ausweisung geführt. Der bayeri-
sche Verbot liegt neben dem Verbot, das erst am 1.1.1955 und
Kinder des Herrn Samigiel überhand nicht erlaubt. Herr
Samigiel selbst hat eine völlig beschaffen Persönlichkeit.
Aus dem Strafregisterauszug geht nichts anderes hervor, als die
schwerwiegende Gefährlichkeit, die er im Jahre 1955 wegen der
illegalen Einwanderung nach Bayern erhalten hat. Schon aus rein
menschlichen Gründen muß der unheimlichen Wanderung, der Herr
Samigiel seit seinem 16. Lebensjahr ausgesetzt war, ein Hinweis
gegeben werden. Man kann nicht, wie dies in der Bundesrepublik
mit vollem Recht geschieht, sich gegen jede Form des Antisemi-
tismus wenden; einer andererseits haben aus den Länder vertrieben,

die hier endlich wieder zu einem normalen Leben gelangen wollen. Man kann dies erst recht nicht in einer Zeit, in der Zehntausende von ausländischen Arbeitskräften für die Bundesrepublik gewonnen werden.

Das Amt für öffentliche Ordnung in München dürfte auch an dem Fall Szmigiel nicht mehr interessiert sein. Es sollte jetzt m.E. ausschließlich Sache des Polizeipräsidioms in Mannheim sein, über die Zulässigkeit des Aufenthalts der Familie Szmigiel zu entscheiden. Voraussetzung hierfür ist aber die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes durch das Amt für öffentliche Ordnung in München vom 3.8.1953.

Das Polizeipräsidium in Mannheim - Abteilung Ausländer-Polizei - erhält von mir eine Abschrift dieses Schreibens.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!
gez. Dr. Heimerich

die hier endlich wieder zu einem normalen Leben gelangen
sollten. Man kann aber erst recht nicht in einer Zeit, in der
Kontingenzen von ausländischen Arbeitern für die Landes-
wirtschaft gewonnen werden.

Das ist für öffentliche Ordnung in München dürfte nach
der Zeitungsberichterstattung nicht sehr interessant sein. Es sollte
jedoch M.E. ausser Acht gelassen werden, dass die Polizei-
behörden, über die Öffentlichkeit des Aufenthalts der Familie
ausgesagt zu werden. Voraussetzung hierfür ist aber die
Abklärung der Aufenthaltsverhältnisse durch das Amt für öffent-
liche Ordnung in München von 2.2.1952.

Die Polizeipräsidentin in München - Abteilung Ausländer-Polizei -
erhielt von der oben Abschrift dieses Schreibens.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung
gez. Dr. Heilmann

5.8.60.

Zur Person: Haaps
ammelt Klauring.

Betr.: die Angelegenheit Szmigiel (Mond) Haim

Auszug aus den Polizeiakten

1. Szmigiel ist am 26.7.1960 bei der Polizei einbestellt worden und von Polizeikommissar Schneider wegen Zuwiderhandlung gegen ein Aufenthaltsverbot vernommen worden. Gleichzeitig wurden ihm Fingerabdrücke genommen.

2. Zur Person und zur Sache erklärte Szmigiel folgendes:

"Ich bin im Elternhaus aufgewachsen und habe in Warschau 7 Jahre die Volksschule und ein Jahr eine Handelsschule besucht. Vom Jahre 1943 bis 1945 war ich in verschiedenen KZs in Polen und Deutschland. Nach Kriegsende war ich bis 1947 in einem DP-Lager in Feldafing. Im Juli 1947 fuhr ich mit einem Transport nach Israel. Von dort wurde ich im Oktober 1947 von den Engländern wieder nach Deutschland zurückgebracht. Ich war dann zusammen mit meiner Familie bis zum Jahre 1948 in Norddeutschland in einem Lager. Als dann der Staat Israel gegründet wurde, fuhren wir im Juli 1948 wieder nach Haifa/Israel. Hier arbeitete ich bis zum Jahre 1953 im Hafen als Kranenführer. Da die Lebensverhältnisse dort sehr schlecht waren, fuhr ich wieder zurück nach Deutschland. Da ich damals die Bundesgrenze illegal überschritt, wurde ich vom AG Bad Tölz am 20.7.53 mit 6 Wochen Gefängnis bestraft. Nach Strafverbüßung wanderte ich im Dezember 1953 mit meiner Familie nach Brasilien aus. Wegen Schwierigkeiten mit dem dortigen Klima, begaben wir uns im Jahre 1955 wieder zurück nach Israel. Ich wohnte hier zuletzt in Keriatmockin/b. Haifa und habe in meinem Beruf als Baggerführer gearbeitet.

Vor ca. 6 Wochen bin ich wieder nach Deutschland gekommen. Ich habe hier in Mannheim bei meinem Cousin Flurmann eine Anstellung als Barmann erhalten. Meine Familie habe ich am 20.7.60 nachkommen lassen. Ich möchte jetzt in der Bundesrepublik bleiben und hier arbeiten.

Ausser der obenerwähnten Bestrafung wegen illegalen Grenzübertritts habe ich keine Vorstrafen.

Mit meiner Frau Schochana geb. Mondrowicz habe ich im Februar 1946 vor dem Standesamt Feldafing die Ehe geschlossen. Unsere beiden Kinder sind jetzt 9 und 13 Jahre alt."

"Es war mir nicht bekannt, daß ich ein Aufenthaltsverbot für die Bundesrepublik habe.

Vorhalt: Bei Ihren Ausländerakten befindet sich ein Eröffnungs- und Empfangsnachweis, wonach Ihnen am 10.8.53 in der Strafanstalt Stadelheim das Ihnen vom Ausländeramt München erteilte Aufenthaltsverbot eröffnet worden ist. Eine Beschlußausfertigung wurde Ihnen gegen Unterschrift ausgehändigt.

A.: Es kann sein, daß mir solch ein Beschluß ausgehändigt worden ist, aber ich habe vermutlich nicht darauf geachtet, um was es sich dabei handelte.

Ich bin am 18.6.60 bei Basel in die Bundesrepublik zurückgekehrt, in der Absicht, hier bei meinem Cousin Flurmann zu arbeiten. Meine Einreise erfolgte legal. Ich bin im Besitz eines gültigen israelischen Reisepasses sowie eines Einreisevisums, ausgestellt am 7.6.60 durch das britische Konsulat in Haifa, das die Vertretung der Bundesrepublik in Israel innehat. Am 23.6.60 habe ich beim Ausländeramt Mannheim eine besondere Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik beantragt.

Hätte ich gewußt, daß ich ein Aufenthaltsverbot für Deutschland habe, so wäre ich nicht ohne weiteres wieder eingereist. Ich kann nicht einsehen, mich strafbar gemacht zu haben, da mir wirklich nicht bekannt war, daß ich ein Aufenthaltsverbot habe.

Ich werde mich sofort bemühen und Schritte unternehmen, daß das gegen mich bestehende Aufenthaltsverbot aufgehoben wird. Sollte mir dies nicht gelingen, so werde ich wieder nach Israel zurückfahren. Ich bitte jedoch darum, daß mir dann Gelegenheit gegeben wird, hier das Geld für die Rückreise in mein Heimatland zu verdienen. Augenblicklich bin ich nicht in der Lage, die Fahrtkosten für mich und meine Familie nach Israel aufzubringen.

Meine Angaben entsprechen der Wahrheit. Ich habe sie freiwillig und ohne Zwang gemacht.

3. Der Schlußbericht der Kriminalpolizei lautet wie folgt:

Der Beschuldigte hat am 22.6.60 beim Ausländeramt Mannheim um Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für das Bundesgebiet nachgesucht. Bei den in diesem Zusammenhang durchgeführten Ermittlungen über SZMIGIEL teilte das Bundesstrafregister Bln.-Charlottenburg mit Strafregisterauszug vom 18.7.60 mit, daß durch Verfügung des Ordnungsamtes München v. 3.8.53 gegen SZMIGIEL ein dauerndes Aufenthaltsverbot für das Bundesgebiet und Westberlin erlassen worden ist.

Das Ausländeramt München bestätigte mit PS Nr. 3130 v. 18.7.60 (Fotokopie ist der Meldung beigelegt), daß das fragliche Aufenthaltsverbot noch zu Recht besteht. Es wurde gebeten, die erforderlichen ausländerpol.Maßnahmen gegen SZMIGIEL zu ergreifen und ihn wegen Zuwiderhandlung gegen ein Aufenthaltsverbot zur Anzeige zu bringen.

Der Beschuldigte wurde am 26.7.60 zu hiesiger Dienststelle einbestellt und zur Person und Sache vernommen.

SZMIGIEL ist israelischer Staatsangehöriger. Er reiste am 18.6.60 mit einem gültigen israel.Paß und Einreisevisum bei Basel legal in das Bundesgebiet ein. Für seine derzeitige Wohnung in Mannheim U 3, 16-17, ist er ordnungsgemäß pol. gemeldet. Ebenso hat er um Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung nachgesucht, da er beabsichtigt, in der BR zu bleiben und hier zu arbeiten. Seit 22.7.1960 befinden sich auch die Ehefrau und zwei Kinder des Beschuldigten in Mannheim. Auch ihre Einreise erfolgte legal.

SZMIGIEL will nicht gewusst haben, daß gegen ihn ein Aufenthaltsverbot für das Bundesgebiet und Westberlin besteht. Er will daher auch nicht einsehen, sich wegen Zuwiderhandlung gegen ein Aufenthaltsverbot strafbar gemacht zu haben. Der Einwand SZMIGIELs, daß er von dem gegen ihn bestehenden Aufenthaltsverbot nichts gewusst habe, ist unglaublich, zumal sich bei den Ausländerakten des Beschuldigten eine von ihm

unterzeichnete Bescheinigung befindet, wonach er bestätigt, daß ihm am 10.8.53 in der Strafanstalt Stadelheim eröffnet wurde, daß gegen ihn ein Aufenthaltsverbot erlassen worden ist. Eine Beschlußausfertigung hierüber wurde ihm ausserdem gegen Unterschrift ausgehändigt. Eine Fotokopie dieser Bescheinigung ist als Beweismittel der Meldung beigelegt.

Von einer Inhaftierung des Beschuldigten wegen o.a. Deliktes wurde Abstand genommen, da ein Fluchtverdacht nicht begründet werden kann. SZMIGIEL ist zwar Ausländer, jedoch hat er in Mannheim einen festen Wohnsitz sowie einen ständigen Arbeitsplatz. Ausserdem befindet sich seine Familie bei ihm. Es ist daher nicht anzunehmen, daß er sich einer evtl. Bestrafung durch Verlassen der Bundesrepublik entziehen wird. Vorsorglich wurde jedoch sein Reisepaß einbehalten und mit einer Durchschrift der Meldung dem Ausländeramt Mannheim übergeben.

Suchvermerke über SZMIGIEL liegen nicht vor. Eine ed-Behandlung wurde durchgeführt.

gez. Schneider, KOM.
- Kl. 394 -

4. Die ganze Aktion geht zurück auf eine Aktion des Polizeipräsidiums München.

Fernschreiben München beim Polizeipräsidium Mannheim eingegangen am 19.7.60.

Es hat folgenden Wortlaut:

"Das gegen den Obengenannten von hier für dauernd erlassene Aufenthaltsverbot ist seit dem 25.8.53 unanfechtbar. Auch der abweisende Vorbescheid des Verwaltungsgerichts München ist seit 18.1.55 als Urteil rechtskräftig. Wir bitten, den Betroffenen der Verurteilung zuzuführen und das Aufenthaltsverbot evtl. in Anwendung von § 456 a Strafprozeßordnung durch Abschiebung zu vollziehen. Die hier vorliegenden Ausländerakten gehen Ihnen per Eilboten zu. Wir bitten, die Ausländerakten an uns vereinigt

mit den dortigen Vorgängen zurückzugeben, sobald das Aufenthalts-
verbot vollzogen ist.

Amt für öffentliche Ordnung München
gez. W o l f

also ten dollars for the same, and the balance of the
the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

and the balance of the same, and the balance of the same.

Betr.: die Angelegenheit Szmigiel (Mond) Haim

Auszug aus den Polizeiakten

1. Szmigiel ist am 26.7.1960 bei der Polizei einbestellt worden und von Polizeikommissar Schneider wegen Zuwiderhandlung gegen ein Aufenthaltsverbot vernommen worden. Gleichzeitig wurden ihm Fingerabdrücke genommen.

2. Zur Person und zur Sache erklärte Szmigiel folgendes:

"Ich bin im Elternhaus aufgewachsen und habe in Warschau 7 Jahre die Volksschule und ein Jahr eine Handelsschule besucht. Vom Jahre 1943 bis 1945 war ich in verschiedenen KZs in Polen und Deutschland. Nach Kriegsende war ich bis 1947 in einem DP-Lager in Feldafing. Im Juli 1947 fuhr ich mit einem Transport nach Israel. Von dort wurde ich im Oktober 1947 von den Engländern wieder nach Deutschland zurückgebracht. Ich war dann zusammen mit meiner Familie bis zum Jahre 1948 in Norddeutschland in einem Lager. Als dann der Staat Israel gegründet wurde, fuhren wir im Juli 1948 wieder nach Haifa/Israel. Hier arbeitete ich bis zum Jahre 1953 im Hafen als Kranenführer. Da die Lebensverhältnisse dort sehr schlecht waren, fuhr ich wieder zurück nach Deutschland. Da ich damals die Bundesgrenze illegal überschritt, wurde ich vom AG Bad Tölz am 20.7.53 mit 6 Wochen Gefängnis bestraft. Nach Strafverbüßung wanderte ich im Dezember 1953 mit meiner Familie nach Brasilien aus. Wegen Schwierigkeiten mit dem dortigen Klima, begaben wir uns im Jahre 1955 wieder zurück nach Israel. Ich wohnte hier zuletzt in Keriatmockin/b. Haifa und habe in meinem Beruf als Baggerführer gearbeitet.

Vor ca. 6 Wochen bin ich wieder nach Deutschland gekommen. Ich habe hier in Mannheim bei meinem Cousin Flurmann eine Anstellung als Barmann erhalten. Meine Familie habe ich am 20.7.60 nachkommen lassen. Ich möchte jetzt in der Bundesrepublik bleiben und hier arbeiten.

Ausser der obenerwähnten Bestrafung wegen illegalen Grenzübertritts habe ich keine Vorstrafen.

Vol. 41, No. 1, January 1, 1929

Published by the American Medical Association, 535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.

Subscription price, \$5.00 per annum in advance. Single copies, 15 cents.

Entered as second-class matter, May 2, 1912, Post Office at Chicago, Ill., under No. 100,000.

Acceptance for mailing at special rate of postage provided for in Act of October 3, 1917.

Postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Copyright, 1929, by American Medical Association

Printed at the American Medical Association Press, Chicago, Ill.

Second-class postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Postmaster: This journal is published weekly, except during the summer months when it is published bi-weekly.

Subscription orders, notices of change of address, and other correspondence should be sent to the American Medical Association, 535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.

Claims for missing issues will only be considered if made immediately on receipt of following issue.

Entered as second-class matter, May 2, 1912, Post Office at Chicago, Ill., under No. 100,000.

Acceptance for mailing at special rate of postage provided for in Act of October 3, 1917.

Postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Copyright, 1929, by American Medical Association

Printed at the American Medical Association Press, Chicago, Ill.

Second-class postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Postmaster: This journal is published weekly, except during the summer months when it is published bi-weekly.

Subscription orders, notices of change of address, and other correspondence should be sent to the American Medical Association, 535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.

Claims for missing issues will only be considered if made immediately on receipt of following issue.

Entered as second-class matter, May 2, 1912, Post Office at Chicago, Ill., under No. 100,000.

Acceptance for mailing at special rate of postage provided for in Act of October 3, 1917.

Postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Copyright, 1929, by American Medical Association

Printed at the American Medical Association Press, Chicago, Ill.

Second-class postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Postmaster: This journal is published weekly, except during the summer months when it is published bi-weekly.

Subscription orders, notices of change of address, and other correspondence should be sent to the American Medical Association, 535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.

Claims for missing issues will only be considered if made immediately on receipt of following issue.

Entered as second-class matter, May 2, 1912, Post Office at Chicago, Ill., under No. 100,000.

Acceptance for mailing at special rate of postage provided for in Act of October 3, 1917.

Postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Copyright, 1929, by American Medical Association

Printed at the American Medical Association Press, Chicago, Ill.

Second-class postage paid at Chicago, Ill., and at additional mailing offices.

Postmaster: This journal is published weekly, except during the summer months when it is published bi-weekly.

Subscription orders, notices of change of address, and other correspondence should be sent to the American Medical Association, 535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.

Claims for missing issues will only be considered if made immediately on receipt of following issue.

Mit meiner Frau Schochana geb. Mondrowicz habe ich im Februar 1946 vor dem Standesamt Feldafing die Ehe geschlossen. Unsere beiden Kinder sind jetzt 9 und 13 Jahre alt."

"Es war mir nicht bekannt, daß ich ein Aufenthaltsverbot für die Bundesrepublik habe.

Vorhalt: Bei Ihren Ausländerakten befindet sich ein Eröffnungs- und Empfangsnachweis, wonach Ihnen am 10.8.53 in der Strafanstalt Stadelheim das Ihnen vom Ausländeramt München erteilte Aufenthaltsverbot eröffnet worden ist. Eine Beschlußausfertigung wurde Ihnen gegen Unterschrift ausgehändigt.

A.: Es kann sein, daß mir solch ein Beschluß ausgehändigt worden ist, aber ich habe vermutlich nicht darauf geachtet, um was es sich dabei handelte.

Ich bin am 18.6.60 bei Basel in die Bundesrepublik zurückgekehrt, in der Absicht, hier bei meinem Cousin Flurmann zu arbeiten. Meine Einreise erfolgte legal. Ich bin im Besitz eines gültigen israelischen Reisepasses sowie eines Einreisevisums, ausgestellt am 7.6.60 durch das britische Konsulat in Haifa, das die Vertretung der Bundesrepublik in Israel innehat. Am 23.6.60 habe ich beim Ausländeramt Mannheim eine besondere Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik beantragt.

Hätte ich gewußt, daß ich ein Aufenthaltsverbot für Deutschland habe, so wäre ich nicht ohne weiteres wieder eingereist. Ich kann nicht einsehen, mich strafbar gemacht zu haben, da mir wirklich nicht bekannt war, daß ich ein Aufenthaltsverbot habe.

Ich werde mich sofort bemühen und Schritte unternehmen, daß das gegen mich bestehende Aufenthaltsverbot aufgehoben wird. Sollte mir dies nicht gelingen, so werde ich wieder nach Israel zurückfahren. Ich bitte jedoch darum, daß mir dann Gelegenheit gegeben wird, hier das Geld für die Rückreise in mein Heimatland zu verdienen. Augenblicklich bin ich nicht in der Lage, die Fahrtkosten für mich und meine Familie nach Israel aufzubringen.

Meine Angaben entsprechen der Wahrheit. Ich habe sie freiwillig und ohne Zwang gemacht.

1. The first part of the report deals with the general situation of the country and the progress of the work during the year. It is a summary of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a general statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

2. The second part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

3. The third part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

4. The fourth part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

5. The fifth part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

6. The sixth part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

7. The seventh part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

8. The eighth part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

9. The ninth part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

10. The tenth part of the report deals with the work done by the various departments during the year. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved. It is a detailed statement of the work done by the various departments and a statement of the results achieved.

3. Der Schlußbericht der Kriminalpolizei lautet wie folgt:

Der Beschuldigte hat am 22.6.60 beim Ausländeramt Mannheim um Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für das Bundesgebiet nachgesucht. Bei den in diesem Zusammenhang durchgeführten Ermittlungen über SZMIGIEL teilte das Bundesstrafregister Bln.-Charlottenburg mit Strafregisterauszug vom 18.7.60 mit, daß durch Verfügung des Ordnungsamtes München v. 3.8.53 gegen SZMIGIEL ein dauerndes Aufenthaltsverbot für das Bundesgebiet und Westberlin erlassen worden ist.

Das Ausländeramt München bestätigte mit PS Nr. 3130 v. 18.7.60 (Fotokopie ist der Meldung beigelegt), daß das fragliche Aufenthaltsverbot noch zu Recht besteht. Es wurde gebeten, die erforderlichen ausländerpol.Maßnahmen gegen SZMIGIEL zu ergreifen und ihn wegen Zuwiderhandlung gegen ein Aufenthaltsverbot zur Anzeige zu bringen.

Der Beschuldigte wurde am 26.7.60 zu hiesiger Dienststelle einbestellt und zur Person und Sache vernommen.

SZMIGIEL ist israelischer Staatsangehöriger. Er reiste am 18.6.60 mit einem gültigen israel.Paß und Einreisevisum bei Basel legal in das Bundesgebiet ein. Für seine derzeitige Wohnung in Mannheim U 3, 16-17, ist er ordnungsgemäß pol.gemeldet. Ebenso hat er um Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung nachgesucht, da er beabsichtigt, in der BR zu bleiben und hier zu arbeiten. Seit 22.7.1960 befinden sich auch die Ehefrau und zwei Kinder des Beschuldigten in Mannheim. Auch ihre Einreise erfolgte legal.

SZMIGIEL will nicht gewusst haben, daß gegen ihn ein Aufenthaltsverbot für das Bundesgebiet und Westberlin besteht. Er will daher auch nicht einsehen, sich wegen Zuwiderhandlung gegen ein Aufenthaltsverbot strafbar gemacht zu haben. Der Einwand SZMIGIELs, daß er von dem gegen ihn bestehenden Aufenthaltsverbot nichts gewusst habe, ist unglaublich, zumal sich bei den Ausländerakten des Beschuldigten eine von ihm

unterzeichnete Bescheinigung befindet, wonach er bestätigt, daß ihm am 10.8.53 in der Strafanstalt Stadelheim eröffnet wurde, daß gegen ihn ein Aufenthaltsverbot erlassen worden ist. Eine Beschlußausfertigung hierüber wurde ihm ausserdem gegen Unterschrift ausgehändigt. Eine Fotokopie dieser Bescheinigung ist als Beweismittel der Meldung beigelegt.

Von einer Inhaftierung des Beschuldigten wegen o.a. Deliktes wurde Abstand genommen, da ein Fluchtverdacht nicht begründet werden kann. SZMIGIEL ist zwar Ausländer, jedoch hat er in Mannheim einen festen Wohnsitz sowie einen ständigen Arbeitsplatz. Ausserdem befindet sich seine Familie bei ihm. Es ist daher nicht anzunehmen, daß er sich einer evtl. Bestrafung durch Verlassen der Bundesrepublik entziehen wird. Vorsorglich wurde jedoch sein Reisepaß einbehalten und mit einer Durchschrift der Meldung dem Ausländeramt Mannheim übergeben.

Suchvermerke über SZMIGIEL liegen nicht vor. Eine ed-Behandlung wurde durchgeführt.

gez. Schneider, KOM.
- Kl. 394 -

4. , Die ganze Aktion geht zurück auf eine Aktion des Polizeipräsidiums München.

Fernschreiben München beim Polizeipräsidium Mannheim eingegangen am 19.7.60.

Es hat folgenden Wortlaut:

"Das gegen den Obengenannten von hier für dauernd erlassene Aufenthaltsverbot ist seit dem 25.8.53 unanfechtbar. Auch der abweisende Vorbescheid des Verwaltungsgerichts München ist seit 18.1.55 als Urteil rechtskräftig. Wir bitten, den Betroffenen der Verurteilung zuzuführen und das Aufenthaltsverbot evtl. in Anwendung von § 456 a Strafprozeßordnung durch Abschiebung zu vollziehen. Die hier vorliegenden Ausländerakten gehen Ihnen per Eilboten zu. Wir bitten, die Ausländerakten an uns vereinigt

mit den dortigen Vorgängen zurückzugeben, sobald das Aufenthalts-
verbot vollzogen ist.

Amt für öffentliche Ordnung München
gez. W o l f

THE UNIVERSITY OF CHICAGO
LIBRARY

THE UNIVERSITY OF CHICAGO



ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

SEKRETARIAT

Herrn

Professor Dr. Dr. Hermann Heimerich

M a n n h e i m

A 2, 1

Düsseldorf 10, 4. August 1960

Fischerstraße 49

Telefon 44 86 97 / 44 31 08

Fü/K.

Sehr geehrter Herr Professor,

wir bestätigen dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 30. 7. 1960,
das wir Herrn Dr. van Dam nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub vorlegen
werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

o. 4.

Fürstenau

F ü r s t e n a u
Sekretariat

GOHRSMÜHLE

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

VEREINIGUNG

Am 14. August 1941

Prof. Dr. Dr. Dr. Hermann Goring

Reichsfuhrer SS

Berlin

Sehr geehrter Herr Reichsfuhrer!

Wir besitzen einen sehr wertvollen Gegenstand, der sich in der
Besitz von Herrn Dr. Dr. Dr. Hermann Goring befindet.
Dieser Gegenstand ist ein sehr wertvolles Dokument, das
den Verlauf der Judenfrage in Deutschland zeigt.

Ich bitte Sie, diesen Gegenstand

in der Reichsfuhrer SS
abzugeben.

GOHRSMÜHLE

den 3.8.1960

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. V o g e l

1x H. Flummann

M ü n c h e n
Rathaus

Sehr verehrter Herr Kollege !

Ich bin Ihnen wahrscheinlich dem Namen nach bekannt; ich war im jugendlichen Alter berufsmäßiger Stadtrat in Nürnberg und später zweimal Oberbürgermeister von Mannheim. Nach meiner Pensionierung habe ich mich wieder dem Beruf zugewandt, von dem ich ausgegangen bin.

Es kommen zahlreiche Juden zu mir, die sich in Deutschland aufhalten und mir ihre Sorgen vortragen. Zu ihnen gehörte in letzter Zeit Herr Haim Szmigiel (Mond), dessen Schicksal Sie aus meiner in Abschrift beiliegenden Eingabe an den Herrn Polizeipräsidenten in München ersehen können. Es ist das Schicksal eines Ahasver. Es kommt mir nun darauf an, daß das Münchner Polizeipräsidium sein Aufenthaltsverbot von 1953 aufhebt und die weitere Behandlung des Falles dem Polizeipräsidium in Mannheim überlässt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Genehmigung meines Antrags dem Münchner Polizeipräsidenten nahelegen könnten.

Ganz allgemein darf ich folgendes bemerken: Alle offiziellen Stellen in der Bundesrepublik wenden sich mit Recht gegen jede Regung einer antisemitischen Gesinnung, aber mit dem Problem der wenigen Juden, die noch in Deutschland bleiben konnten oder hierher einwandern, sind wir in keiner Weise fertig geworden. Sie leben zum größten Teil in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und werden vielfach benachteiligt und sogar schikaniert. Über das Münchner Polizeipräsidium wird mir hier von einer amtlichen Stelle

Heim

10.11.1955

10.11.1955

10.11.1955

10.11.1955

Ich bin in den letzten Jahren sehr glücklich gewesen, denn ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen. Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen. Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen.

Es kommt nun zu einer Entscheidung. Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen. Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen. Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen.

Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen. Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen. Ich habe die Möglichkeit gefunden, meine Interessen zu verfolgen.

gesagt, daß es hinsichtlich der Juden, die einmal illegal die Grenze überschritten hätten, eine besonders strenge Auffassung habe. Man wird das vielleicht in dem einen oder anderen Falle verstehen können, aber auf einem Aufenthaltsverbot, das der Münchner Polizeipräsident im Jahre 1953 erlassen hat, sollte man doch heute in München nicht mehr bestehen. Als besonders drückend habe ich es empfunden, daß das Münchner Polizeipräsidium im Falle Szmigiel dem Mannheimer Polizeipräsidium die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Szmigiel nahegelegt hat. Dabei ist Herr Szmigiel jetzt mit einem Visum der deutschen Abteilung beim englischen Konsulat in Haifa in die Bundesrepublik eingereist.

Mit freundlichen Grüßen bin ich
Ihr ergebener

Aug. Wilh. Dorsch
Bewährungshelfer
Landgericht München I

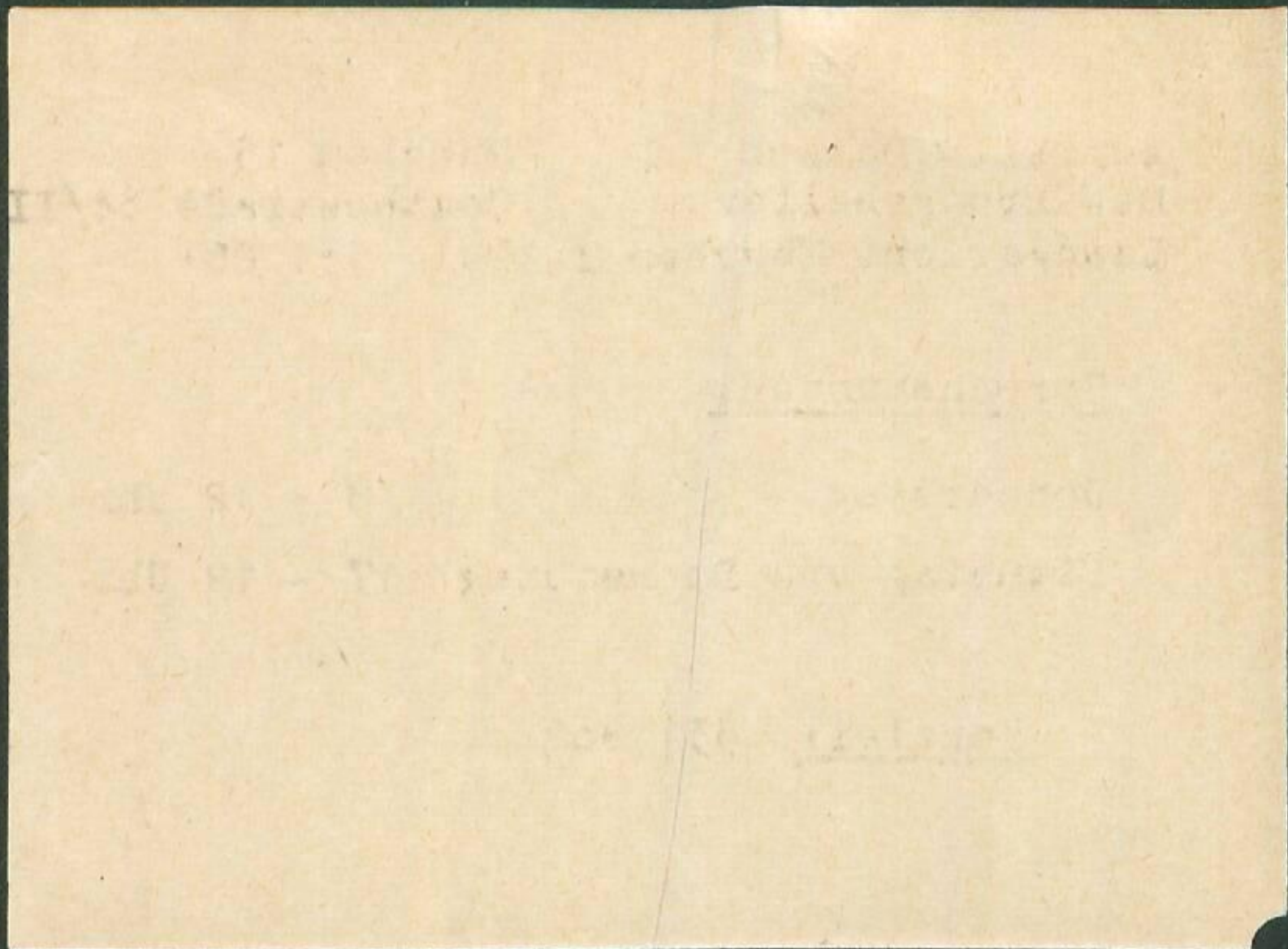
München 15
Goethestraße 64/II
Tel. 531 881

Sprechstunden:

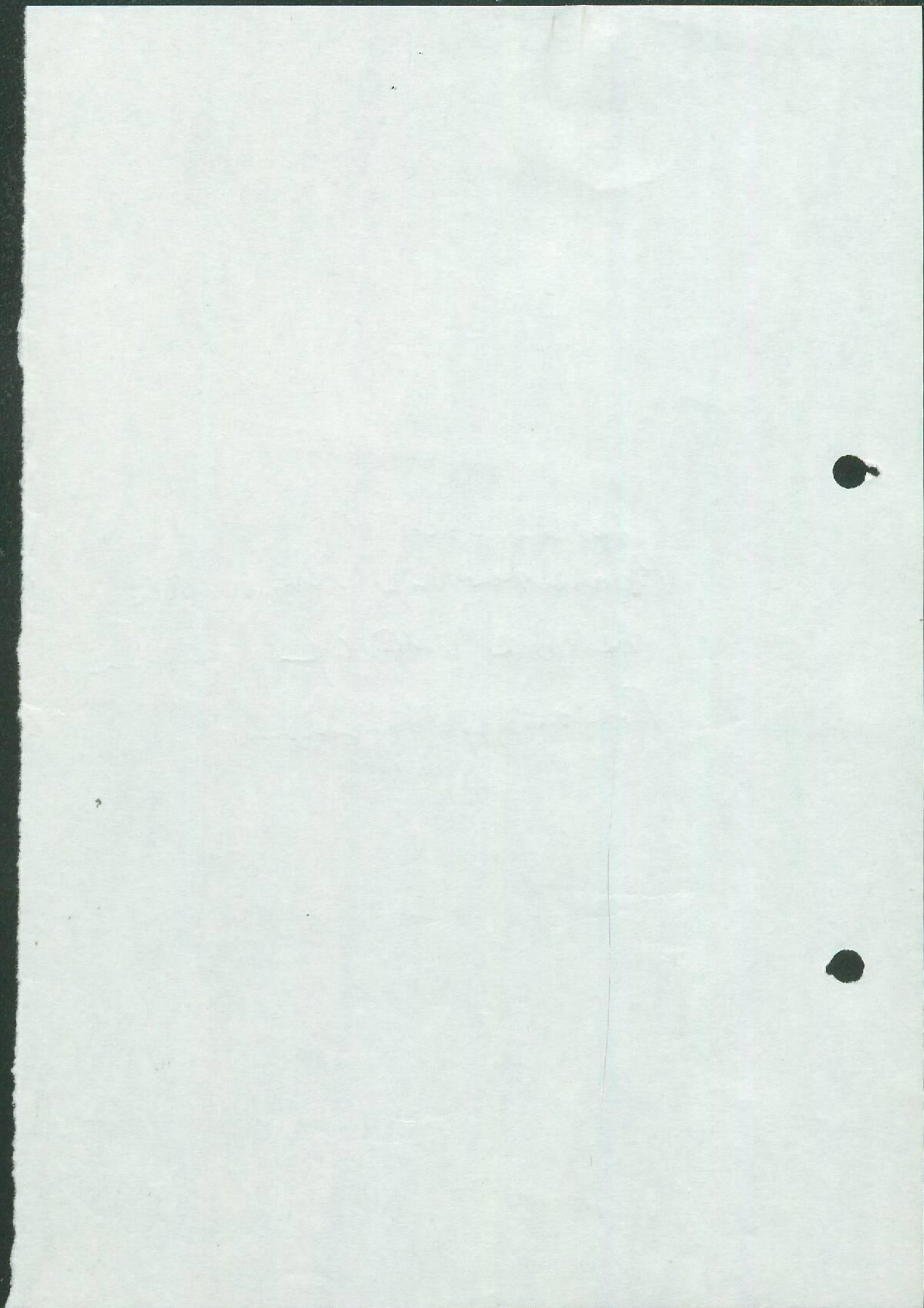
Donnerstag 8 - 12 Uhr

Dienstag und Donnerstag 17 - 19 Uhr

Kanzlei: 531 802



Zuständiger
Beamter in München
heißt Wolf als
Polizeipräsidenten.



1. 8. 60,

Rücksprache mit Kuntmann
Halbkaiser in Tschern Gmündel.

Mein Schreiber hat H. e.
halten, zunächst ist Bericht
aus München abzugeben.
München sei im selben Follen
immer sehr hartnäckig.

Von H. erfahre ich noch
folgendes: J. war hier aus
Kriminalpolizei bestellt, die
ihm den Pap abgenommen
u. Fingerabdrücke genommen
hat. J. wird Anwalt wegen
Nichterhaltung des Aufenthalts
verhaftet werden. Dann erfolgt
Strafbefehl.

Es kommt im Bericht,

Ihre Gen an O.B. in
München m. dann notw^{ndig}
Einspruch gegen den Thap.
H. befehl.

Lh

den 30. Juli 1960

Zentralrat der Juden
in Deutschland

Abschrift erhielt Herr Flurmann

Herrn Generalsekretär
Dr. B.G. van D a m

D ü s s e l d o r f
Fischerstrasse 49

Sehr geehrter Herr van Dam!

Ich habe mich in meinem ganzen Leben um die Juden angenommen, insbesondere auch in der Zeit nach 1933. Bis dahin war ich Oberbürgermeister der Stadt Mannheim. Ich bin dann in die innere Emigration nach Berlin gegangen und habe dort bis zum Zusammenbruch gelebt. Im Jahre 1949 wurde ich wieder für 6 Jahre Oberbürgermeister von Mannheim. Seit meiner Pensionierung bin ich wieder als Rechtsanwalt tätig.

Es kommen zahlreiche Juden, die sich in Mannheim befinden, als Klienten zu mir. Dabei ist mir das Problem aufgegangen, daß man sich in erster Linie um die wenigen Juden kümmern muß, die noch in Deutschland leben. Dieses Problem wird m.E. nicht genügend beachtet. Ich habe u.a. die Beobachtung gemacht, daß die wenigen hier gebliebenen Juden, die sich z.T. in recht schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden, von den unteren Polizeiorganen geradezu schikaniert werden. Ich befinde mich in solchen Angelegenheiten in einer ständigen Diskussion mit dem Mannheimer Polizeipräsidium, das mir früher, solange ich Oberbürgermeister war, unterstand. Dabei bin ich auf Einstellungen und Vorgänge gestoßen, die mir als Oberbürgermeister unbekannt geblieben sind.

Der unmittelbare Anlass zu meinem Schreiben an Sie ist der Fall eines Herrn Haim Szmigiel (Mond), den ich in dem abschriftlich beiliegenden Schreiben an den Herrn Polizeipräsidenten von München zur Darstellung gebracht habe. Es würde mich sehr interessie-

b.w.

ren, Ihre Auffassung zu dieser Angelegenheit kennenzulernen, wie ich überhaupt wegen der verschiedenen Fälle, die ich zu bearbeiten habe, mit Ihnen in Verbindung bleiben möchte.

Abtschrift erhielt Herr Flurmann

Mit hochachtungsvoller Begrüssung bin ich
Ihr ergebener

den 29. Juli 1960

An das
Polizeipräsidium
- Abteilung Ausländerpolizei -

M a n n h e i m

L 6

Betr.: Aufenthaltserlaubnis für Herrn Haim Szmigiel (Mond)
Mannheim, U 3, 16/17

In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift meines heutigen Schreibens an den Herrn Polizeipräsidenten Amt für öffentliche Ordnung in München.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung !

den 28. Juli 1963

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe das Vergnügen, Ihnen hiermit

mitzuteilen, dass ich Ihnen hiermit die Möglichkeit erlaube, an der

Bitte um eine Rückmeldung

den 29. Juli 1960

An den Herrn
Polizeipräsidenten
- Amt für öffentliche Ordnung -

M ü n c h e n
=====

Betr.: Aufenthaltsverbot für Haim Szmigiel (Mond)

Ich vertrete laut beiliegender Vollmacht Herrn Haim Szmigiel (Mond), in dessen Namen ich folgendes vortrage:

1. Herr Szmigiel wohnt zur Zeit in Mannheim, U 3, 16/17 und hat sich bei dem Polizeipräsidium in Mannheim am 22.6.60 ordnungsgemäß angemeldet.

Das Amt für öffentliche Ordnung in München hat am 3.8.1953 ein Aufenthaltsverbot für meinen Mandanten erlassen, hat aber eine Ausweisung nicht durchgeführt, sondern Herrn Szmigiel den Aufenthalt im Lager Föhrenwald bei Wolfratshausen weiter gestattet, bis dann Herr Szmigiel mit seiner Familie (Frau und zwei Kindern) in der zweiten Hälfte Dezember 1953 nach Brasilien auswanderte.

Herr Szmigiel hat im Jahre 1946 bei dem Standesamt in Feldafing bei München die Ehe geschlossen. Aus dieser Ehe sind zwei Kinder hervorgegangen, von denen eines am 30.9.1947 in Lübeck und das andere am 18.1.1951 in Haifa geboren wurde. Die illegale Einreise des Herrn Szmigiel Ende Juni 1953 nach Bayern erfolgte in Gemeinschaft mit seiner Familie, also mit seiner Frau und seinen zwei Kindern, die ebenfalls im Lager Föhrenwald untergebracht waren und dann auch in Wolfratshausen polizeilich gemeldet wurden. Ganz offensichtlich hat man es damals als eine untragbare Härte angesehen, das Aufenthaltsverbot auch auf Frau und Kinder zu erstrecken.

Das Schicksal des Herrn Szmigiel und seiner Familie ist ein ganz besonders wechselvolles und tragisches gewesen. Herr

MEMORANDUM

TO : [illegible]
FROM : [illegible]

SUBJECT: [illegible]

1. [illegible]
2. [illegible]

3. [illegible]
4. [illegible]

5. [illegible]

6. [illegible]
7. [illegible]
8. [illegible]
9. [illegible]
10. [illegible]

11. [illegible]

12. [illegible]

13. [illegible]

14. [illegible]

15. [illegible]

16. [illegible]

17. [illegible]

18. [illegible]

19. [illegible]

20. [illegible]

21. [illegible]

22. [illegible]

Szmigiel war polnischer Staatsangehöriger. Er wurde während des zweiten Weltkrieges im Alter von 16 Jahren! von der deutschen Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Auschwitz und später in das Konzentrationslager Flossenbürg in der bayrischen Oberpfalz gebracht. Dort war Herr Szmigiel in einer lebensgefährlichen Gefangenschaft, bis ihn die amerikanische Armee befreite. Dann kam Herr Szmigiel in ein DP-Lager nach Feldafing am Starnberger See, wo er bis 1947 verblieb. In diesem DP-Lager hat Herr Szmigiel auch seine Frau kennengelernt. Mit seiner Frau versuchte dann Herr Szmigiel nach Israel auszuwandern. Er gehörte zu den Teilnehmern an der Fahrt des berühmten Schiffes Exodus, das mit 4500 jüdischen Flüchtlingen im Staate Israel zu landen versuchte, aber von den Engländern daran gehindert wurde. Die Engländer haben dann die Insassen des Schiffes drei Monate lang festgehalten, bis es einem kleinen Teil der Insassen gelang, doch nach Israel zu kommen, während die übrigen Insassen des Schiffes von den Engländern nach Hamburg gebracht wurden. Zu diesem letzteren Teil gehörte Herr Szmigiel, der in verschiedene Durchgangslager in Deutschland kam und dem es dann endlich im Jahre 1948 gelang, nach Israel auszuwandern.

Herr Szmigiel konnte in Israel die Schwierigkeiten, die sich vor ihm auftürmten, nicht überwinden. Das dort im Jahre 1951 geborene zweite Kind litt an Astma und konnte das Klima in Israel durchaus nicht vertragen. Auch die Bemühungen um die Beschaffung einer geeigneten Wohnung führten zu keinem Erfolg. Herr Szmigiel selbst war der schweren Arbeit als Baggerführer gesundheitlich nicht gewachsen. So entschloß er sich mit seiner Familie und anderen Leidensgenossen Israel wieder zu verlassen und den Versuch zu machen, in der deutschen Bundesrepublik eine geeigneten Existenz zu finden. Das führte dann zu der illegalen Einreise nach Bayern im Juni 1953.

Die Illegalität dieser Einreise war darauf zurückzuführen, daß es damals völlig unmöglich war von Israel aus ein Visum für

die Bundesrepublik zu bekommen. Die Ausstellung eines solchen Visums für die Bundesrepublik Deutschland war vom Staate Israel ausdrücklich verboten.

Es folgte dann die Auswanderung der Familie Szmigiel nach Brasilien. Auch in Brasilien konnte sich die Familie nicht halten, da alle Familienangehörigen das tropische Klima durchaus nicht vertrugen. Darum ist die Familie Szmigiel im Jahre 1955 wieder nach Israel zurückgekehrt, wo Herr Szmigiel erneut erkrankte und die Arbeit in seinem Beruf nicht mehr durchführen konnte. Deswegen hat er sich entschlossen, mit einem Visum der deutschen Abteilung beim englischen Konsulat in Haifa zusammen mit seiner Frau und den zwei Kindern nach Mannheim zu gehen, weil er dort von einem Verwandten, dem deutschen Staatsangehörigen Ludwig Flurmann in Mannheim aufgenommen werden konnte. Herr Szmigiel will nun in Mannheim einen Beruf aufnehmen, den er gesundheitlich vertragen kann. Ein schweres Schicksal soll hier endlich zur Ruhe kommen.

2. Ich beantrage die Aufhebung des gegenüber Herrn Haim Szmigiel (Mond) vom Amt für öffentliche Ordnung in München erlassenen Aufenthaltsverbots vom 3.8.1953 mit folgender weiterer Begründung:

Das vom Amt für öffentliche Ordnung in München ausgesprochene Aufenthaltsverbot hat damals auf Intervention des bayrischen Innenministers nicht zu einer Ausweisung geführt. Das Aufenthaltsverbot liegt sieben Jahre zurück. Es hat sich auf Frau und Kinder des Herrn Szmigiel überhaupt nicht erstreckt. Herr Szmigiel selbst ist eine völlig unbescholtene Persönlichkeit. Aus dem Strafregisterauszug geht nichts anderes hervor, als die sechswöchige Gefängnisstrafe, die er im Jahre 1953 wegen der illegalen Einwanderung nach Bayern erhalten hat. Schon aus rein menschlichen Gründen muß der unheimlichen Wanderung, der Herr Szmigiel seit seinem 16. Lebensjahr ausgesetzt war, ein Endpunkt gegeben werden. Man kann nicht, wie dies in der Bundesrepublik mit vollem Recht geschieht, sich gegen jede Regung des Antisemitismus wenden, aber andererseits Juden aus dem Lande vertreiben,

die hier endlich wieder zu einem normalen Leben gelangen wollen. Man kann dies erst recht nicht in einer Zeit, in der Zehntausende von ausländischen Arbeitskräften für die Bundesrepublik gewonnen werden.

Das Amt für öffentliche Ordnung in München dürfte auch an dem Fall Szmigiel nicht mehr interessiert sein. Es sollte jetzt m.E. ausschließlich Sache des Polizeipräsidiums in Mannheim sein, über die Zulässigkeit des Aufenthalts der Familie Szmigiel zu entscheiden. Voraussetzung hierfür ist aber die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes durch das Amt für öffentliche Ordnung in München vom 3.8.1953.

Das Polizeipräsidium in Mannheim - Abteilung Ausländer-Polizei erhält von mir eine Abschrift dieses Schreibens.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!

gez. Dr. Heimerich

The first part of the paper is devoted to a general survey of the situation in the world, and to a discussion of the main problems which are facing the world today. The second part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the United States, and to a discussion of the main problems which are facing the United States today.

The third part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Soviet Union, and to a discussion of the main problems which are facing the Soviet Union today. The fourth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in China, and to a discussion of the main problems which are facing China today. The fifth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in India, and to a discussion of the main problems which are facing India today.

The sixth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in Japan, and to a discussion of the main problems which are facing Japan today. The seventh part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Middle East, and to a discussion of the main problems which are facing the Middle East today.

The eighth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in Africa, and to a discussion of the main problems which are facing Africa today. The ninth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in Latin America, and to a discussion of the main problems which are facing Latin America today.

The tenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Pacific, and to a discussion of the main problems which are facing the Pacific today. The eleventh part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Caribbean, and to a discussion of the main problems which are facing the Caribbean today.

The twelfth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Balkans, and to a discussion of the main problems which are facing the Balkans today. The thirteenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Mediterranean, and to a discussion of the main problems which are facing the Mediterranean today.

The fourteenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Black Sea, and to a discussion of the main problems which are facing the Black Sea today. The fifteenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Caspian Sea, and to a discussion of the main problems which are facing the Caspian Sea today.

The sixteenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Arctic, and to a discussion of the main problems which are facing the Arctic today. The seventeenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Antarctic, and to a discussion of the main problems which are facing the Antarctic today.

The eighteenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the North Pole, and to a discussion of the main problems which are facing the North Pole today. The nineteenth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the South Pole, and to a discussion of the main problems which are facing the South Pole today.

The twentieth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Arctic Circle, and to a discussion of the main problems which are facing the Arctic Circle today. The twenty-first part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Antarctic Circle, and to a discussion of the main problems which are facing the Antarctic Circle today.

The twenty-second part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Arctic Ocean, and to a discussion of the main problems which are facing the Arctic Ocean today. The twenty-third part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Antarctic Ocean, and to a discussion of the main problems which are facing the Antarctic Ocean today.

The twenty-fourth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Arctic Sea, and to a discussion of the main problems which are facing the Arctic Sea today. The twenty-fifth part of the paper is devoted to a detailed study of the situation in the Antarctic Sea, and to a discussion of the main problems which are facing the Antarctic Sea today.

Zentralrat der Juden in Deutschland
zu Händen von Herrn Dr. B.G. van Dam
Generalsekretär

D ü s s e l d o r f
Fischerstrasse 49

Handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page. The text is mirrored and appears to be a list or index of items.

Handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page. The text is mirrored and appears to be a list or index of items.

Aktenurteil am 28. 7. 60.

München

Anw. Landpol. Lt. Wilfried Kunk v. 10. 7. 53

hatte am 29/30. 6. 53 als Zustände d.
Grenze überschritten und sich in Regierungsbez.
Führerwelt aufgehalten ^{einen} ~~schweizer~~ Bundes-
republik gültigen Pass. - Haftbefehl
auf 6 Wochen Gefängnis. Anweisung d.
seit 14. 7. 53 erlassenen Untersuchungshaft

Aufenthaltsverbot des Landes für
öffentl. Ordnung in München v. 3. 8. 53
wegen der erfolgten Bestrafung

Rein Haftregistrierung außer obige
6 Wochen.

Klage R.A. & tatw. Bew. München

an das Verwaltungsgericht v. 12. Aug. 1953

gegen die Anweisung für R.A. u. f. andere
Fristversäumnis da kein Bescheid vorliegt
vorher. → Abweisung der Aufhebungskl.

Klage durch Fortbest. d. R.A. B. sollte
keine Vollmacht vorgelegt, nur Kosten
tragen

Mannheim

23.6.60. Mit. beantragt Aufenthalt
altersunabhängig - Fernreise an Tour in
München, da Bundesvermessungsamt, ins-
besondere in Köln Aufenthaltsgewerbe
v. 3.8.53 mitgeteilt hat. ^{des Landes} ~~Rechtspropheten~~
~~17.2.52~~

München bezeugt ^{am 18.7.60} a. Mannheimer
n. nach § 456 a St.P.O. Abwicklung
vollziehen haben.

Anfrage h.h. ^{d. München} ob sich Aufenthaltsgewerbe
auch auf Ehefrau u. Kinder ausgedehnt
wird. München antwortet: Hat
während Zeitpunkt der Tournee unverheiratet.
Ausdehnung des Aufenthaltsgewerbes auf
Ehefrau nicht feststellbar. Mit ~~zuletzt~~
bereits am 17.12.53 nach Brasilien
ausgewandert. (während Münchener
Lage Föhrenwald)

2 Kinder geb. 30.9.47. in Lübeck
18.1.51. u. Kaifa
nun geheiratet?

[Mit. hat in München 1946 geheiratet]
Frau u. Kinder waren 1953 in
München ohne
Föhrenwald

Mannheim, den 27.7.1960

Konferenz mit Herrn Flurmann in Mannheim, U 3, 16/17 und seinem Vetter, Herrn Haim Szmigiel.

1. Herr S. ist in Warschau geboren und besaß die polnische Staatsangehörigkeit. Er wurde während des zweiten Weltkrieges von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Flossen-burg in der bayrischen Oberpfalz gebracht. Dort war er bis 1945 und kam dann in ein DP-Lager nach Feldafing am Starnber-ger See bis 1947. Dann versuchte er mit dem Schiff Exodus nach Israel auszuwandern. Das Schiff konnte aber dort nicht landen und wurde von den Engländern eingebracht. Nur ein Teil der jüdischen Schiffsinsassen kamen später nach Israel. S. wurde aber mit anderen Juden von den Engländern nach Hamburg gebracht und kam dann in ein Durchgangslager bei Lübeck; dort musste er bis 1948 bleiben. In diesem Jahr konnte er nach Is-rael auswandern und blieb dort bis 1953.

Im Jahre 1953 ist S. illegal nach Deutschland gekommen, weil er das israelische Klima absolut nicht vertrug. Im ganzen sollen damals ca. 800 Juden illegal über die deutsche Grenze gegangen sein. S. hat einen israelischen Paß aber kein Visum. Er verbarg sich dann zunächst im jüdischen Lager ^{Föhren} ~~Bornwald~~ bei Wolfsratshausen mit Frau und zwei Kindern. Er meldete sich dann aber freiwillig bei der Münchner Polizei, die ihn verhaftete. Er wurde zu 6 Wochen Gefängnis wegen des illegalen Grenzübertritts verurteilt und kam dann wieder in das jüdische Lager. Von dort wanderte er mit seiner Familie nach Brasilien aus. S. konnte auch in Brasilien das Klima absolut nicht vertragen und kam deshalb 1955 wieder nach Israel, wo er als Baggerführer tätig war, bis er erneut erkrankte. Jetzt ist S. mit einem Dreimonatsvisum des englischen Konsulats in Haifa zusammen mit seiner Frau und zwei Kindern nach Mannheim gekommen und von seinem Verwandten, Herrn Flurmann, aufgenommen

Kontakts mit Herrn Flamm in Mannheim, 1. IV und
seiner Vater, Herrn Heim Schmidt.

1. Herr S. ist in der Tat geboren und besaß die polnische Staats-
angehörigkeit. Er wurde während des zweiten Weltkrieges von
der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Flossen-
burg in der bayrischen Oberpfalz gebracht. Dort war er bis
1945 und kam dann in ein DP-Lager nach Feldafing am Starnber-
ger See bis 1947. Dann versuchte er mit dem Schiff Exodus
nach Israel auszuwandern. Das Schiff konnte aber dort nicht
landen und wurde von den Engländern abgelehnt. Nur ein Teil
der jüdischen Flüchtlinge wurde abgesetzt nach Israel.
Wurde später mit anderen Juden von den Engländern nach Hamburg
gebracht und kam dann in ein Durchgangslager bei Bückeburg. Dort
musste er bis 1948 bleiben. In diesem Jahr konnte er nach Is-
rael auswandern und blieb dort bis 1953.

In Jahre 1953 ist S. illegal nach Deutschland gekommen, weil
er den israelischen Antrag absolut nicht vertieg. Im ganzen
sollen damals ca. 60 Juden illegal über die deutsche Grenze
gekommen sein. S. hat einen israelischen Pass aber kein Visum.
Er verbleibt sich dann einige Zeit in jüdischen Lagern in Westfalen bei
Dortmundern mit Frau und zwei Kindern. Er meldete sich
dann aber freiwillig bei der Rheinischen Polizei, die ihn ver-
haftete. Er wurde zu 3 Jahren Gefängnis wegen des illegalen
Einkaufs verurteilt und kam dann wieder in das jüdische
Lager. Von dort wanderte er mit seiner Familie nach Brasilien
ab. S. konnte auch in Brasilien das Alter absolut nicht ver-
stecken und kam deshalb 1955 wieder nach Israel, wo er als
Bürgerlicher tätig war, bis er erneut ergriffen wurde. Jetzt ist
S. mit einem Dreimonatsvisum des israelischen Konsulats in Köln
angekommen mit seiner Frau und zwei Kindern nach Mannheim ge-
kommen und von seinen Verwandten, Herrn Flamm, aufgenommen.

worden. Der Paß von S. läuft noch bis zum 16.5.1962. Die Ankunft in Mannheim erfolgte am 18.6.60, die polizeiliche Anmeldung am 22.6.60.

Für heute wurde S. zum Polizeipräsidium vorgeladen. Der Paß wurde ihm abgenommen und Fingerabdrücke wurden gemacht. Es wurde ihm auf dem Polizeipräsidium erklärt, daß er seit 1953 Aufenthaltsverbot für Deutschland habe. Es wurde dem S. auf der Polizei der Rat gegeben, sich meiner anwaltschaftlichen Hilfe zu bedienen. S. ist nach seinen Angaben zweifellos polnischer Herkunft, obwohl er ausgezeichnet deutsch spricht. Seine Frau stammt aus Litzmannstadt. Sie ist dort 1926 geboren. Auch die Eltern der Frau lebten in Litzmannstadt und sind wohl Deutsche gewesen.

Herr Flurmann erklärte noch, daß er für seinen Vetter bürgt und für seinen und seiner Familie Unterhalt aufkommt.

2. Ich habe in dieser Sache heute morgen mit Herrn Amtmann Halkenhäuser vom Polizeipräsidium telefoniert.

Ich bat ihn, mir morgen Akteneinsicht zu gewähren, was Herr Halkenhäuser zusagte.

Herr Halkenhäuser bemerkte, daß Herr S. sich im Jahre 1953 in München als ledig ausgegeben habe; er habe erst in München geheiratet. Des weiteren sagte Herr Halkenhäuser, daß ein in München erlassener Ausweisungsbefehl nur von der Münchner Behörde aufgehoben werden könne.

Schließlich empfahl Herr Halkenhäuser noch, daß ich mich in dieser Sache auch mit dem Staatsangehörigkeitsreferat, Oberrechtsrat Granzau, in Verbindung setze.

wurden, der Fall von ... 1952, die an-
Kunft in ... 1952, die politische ...
... 1952.

Im Jahre ... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

... 1952, die politische ...
... 1952, die politische ...

08-2-13-000

Vom Meldepflichtigen auszufüllen!

Anmeldebestätigung

Vor- u. Zuname:

Haim Szmigiel(Mond)

Familienstand verh.

Beruf Baggerführer

Geburtsdatum 11.11.1924

Geburtsort Warschau

.....
hat sich heute — mit den umseitig verzeich-
neten Familienangehörigen — für Mannheim

U 3,16-17 Straße Nr.
Platz

für dauernd¹⁾ — vorübergehend¹⁾ — an-
gemeldet.

Bisheriger Wohnort und Wohnung

Israel: Kirvat -
Motzkin, Sadia-Geon
12

Bisheriger Wohnort und Wohnung werden
beibehalten¹⁾ — werden nicht beibehalten¹⁾

(Verheiratete Arbeitnehmer mit mehrfachem
Wohnsitz erhalten ihre Lohnsteuerkarte von
der Gemeindebehörde des Orts, in welchem
sich die Familie befindet.)

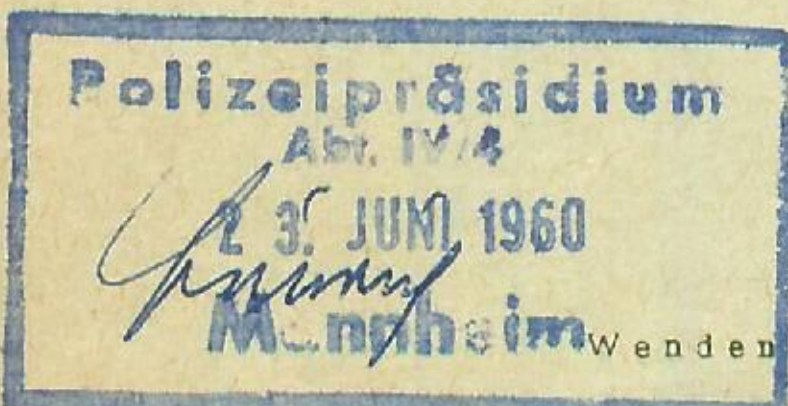
Kennkarte/Personalausweis

Israel. Paß

Kennort Haifa

Kenn-Nr. 182133

Mannheim, den 22. Juni 19 60



Familienangehörige

Ehefrau

.....
(Vor- und Geburtsname)

geboren am

in

.....
(Kennkarte,
Personalausweis-Nr.)

Kinder

1.
(Vorname)

geboren am

in

2.
(Vorname)

geboren am

in

3.
(Vorname)

geboren am

in

4.
(Vorname)

geboren am

in